Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1905

124 (29.5.1905)

Visual Library

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24.
Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144.
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 124. Karlsruhe, Montag den 29. Mai 1905. 25. Jahrgang.

Ein infames Gesetz, eine infame Partei!

St. Berlin, 29. Mai.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat am Freitag das Bergarbeitergesetz in dritter Lesung und endgiltig angenommen. Nur die Konservativen blieben sitzen, als der Präsident zur Gesamtabstimmung aufrief. Die übrigen hatte die Angst vor den Arbeitern in hellen Scharen zusammengetrieben; über Nacht ward die Verständigung perfekt, und was vor einigen Tagen als höchst unwahrscheinlich schien, ward binnen wenigen Stunden zum Ereignis.

Das Nullen ist abgeschafft und durch andere Strafbestimmungen ersetzt; der sanitäre Maximalarbeitstag — Stolz und Zierde des sozialen Königtums — ist und bleibt abgelehnt und kein Hahn kräht mehr nach ihm. Die Arbeiterausschüsse aber, die in der zweiten Lesung gleichfalls glatt abgelehnt worden waren, sind jetzt in einer Form wieder hergestellt worden, die keine Förderung der Arbeiterinteressen, sondern eine verwegene Verhöhnung der Bergarbeiter bedeutet. So kroch die Regierungsvorlage kreuzlahm und mit zerbrochenen Gliedern, aber doch immer noch lebendig, aus der dritten Lesung hervor. Wenn nicht die Heißsporne des Herrenhauses noch einen Strich durch die schlaue Rechnung machen und den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses die Zustimmung verweigern, dann ist die gesetzgeberische Aktion, die sich an den Bergarbeiterstreik anknüpfte, für absehbare Zeit abgeschlossen und erledigt. Nicht abgeschlossen, nicht erledigt sind aber die politischen Folgen, die sich aus dieser Aktion entwickeln werden und die wohl dazu geeignet sind, in der politischen Physiognomie des Reiches eine tiefe Veränderung herbeizuführen.

Denn das **Zentrum** hat in diesen entscheidungsvollen Tagen Schlimmeres getan, als sein entschiedenster Gegner zu hoffen gewagt hätte. Von seiner Schlangenklugheit durfte man erwarten, daß es sich darauf beschränken würde, anderen den Weg zum Verrat zu ebnen, selber aber den äußeren Schein von Redlichkeit und Treue bewahren würde. Der allzufeine Plan des Zentrums — es wollte ursprünglich nur den einzelnen Kompromißanträgen zustimmen, die Verantwortung für das Gesamtergebnis aber den anderen Parteien zuschieben — scheiterte an der Verbohrtheit der Konservativen, die in ihrer schroff ablehnenden Haltung verharrten. Da das Zentrum aber ein offenes Fiasko des Dreiklassenparlaments unter allen Umständen verhindern wollte, blieb ihm nichts anderes übrig, als mit nationalliberalen und freikonservativen Scharfmachern durch dick und dünn zu gehen und seinen politischen Tanzkurs mit einem Umfall in den Rinnstein zu endigen.

Schon in den späten Abendstunden des Donnerstag war es bekannt geworden, daß die Verständigung fertig sei. Zentrum, Nationalliberale und Freikonservative hatten sich vereinigt, in der gemeinsamen Ueberzeugung, daß das Bergarbeitergesetz **unter keinem Preis an den Reichstag** kommen dürfe, sondern unter allen Umständen im Landtag fertiggestellt werden müsse. Man einigte sich darum auf einen **Kompromißantrag Schiffer-Friedberg**, dessen Hauptinhalt folgender ist:

„Als die Aufgabe der Arbeiterausschüsse wird es, genau wie im Kommissionsbeschluß und im Antrag Dippe, erklärt, „darauf hinzuwirken, daß das gute Einvernehmen innerhalb der Belegschaft und zwischen der Belegschaft und dem Arbeitgeber erhalten bleibt oder wieder hergestellt wird." Ein Arbeiterausschuß, der seine Zuständigkeit überschreitet, kann nach fruchtloser **„Verwarnung"** aufgelöst werden. Nach wiederholter **Auflösung** kann die **Suspension** für die Dauer eines Jahres verhängt werden. Innerhalb dieser Zeit dürfen die Arbeiter dann also überhaupt keinen Ausschuß wählen. — Wahlberechtigt sind die volljährigen Arbeiter, die seit einem Jahre auf dem Bergwerk gearbeitet haben. Gewählt werden können nur **dreißigjährige** Vertreter (nicht bloß Arbeiter, sondern auch Steiger, Beamte usw.), die mindestens seit **drei Jahren** auf dem Bergwerk gearbeitet haben. Das Amt eines Ausschußmitgliedes erlischt, sobald es aus dem Arbeitsverhältnis ausscheidet. Die Wahl ist geheim."

Daß ein solches Gesetz kein Gesetz zum Schutze der Arbeiterinteressen, sondern einfach ein russisches Polizeigesetz ist, darüber werden nicht viel Worte zu verlieren sein. Auch das Zentrum wird dem verdammenden Urteil, das ihm jetzt tausendfach entgegenschallen wird, nicht widersprechen können. Denn das Zentrum zeugt wider sich selbst! Hören wir nur, was der Abg. Trimborn am 18. Mai 1905 in der zweiten Lesung des Berggesetzes im Namen der ganzen Zentrumsfraktion ausgeführt hat. Im stenographischen Protokoll jener Sitzung sind folgende Ausführungen des Zentrumsführers zu lesen:

. . . Dagegen möchte ich mich **entschieden gegen die Bestimmung** wenden, welche vorsieht, daß wenn ein Arbeiterausschuß als solcher seine Funktion überschreitet, er suspendiert werden soll für eine längere Zeit. **Meine Herren, das ist in der Gesetzgebung wirklich eine Abnormität . . . . Notwendige Glieder im staatlichen Organismus schaltet man doch nicht einfach aus.** Man mag den Ausschuß auflösen und eine Neuwahl anordnen, aber ein organisches Glied einfach von der Bildfläche verschwinden zu lassen, **das, meine Herren, ist eine Abnormität, eine Ungeheuerlichkeit** — das ist wohl noch ein parlamentarischer Ausdruck? (Heiterkeit.) **Weiter darf ich allerdings nicht gehen, ich möchte ja noch weiter gehen, aber ich bezähme mich.**

So Herr Trimborn am 18. Mai. Am 26. Mai aber war die „Bezähmung" des Zentrums so weit gediehen, daß es geschlossen für die Aufrechterhaltung einer gesetzlichen Bestimmung eintrat, die sein Redner acht Tage zuvor als „Abnormität" und „Ungeheuerlichkeit" immer noch zu gelinde zu bezeichnen glaubte. Ein Mensch, für den der Begriff Ehre noch kein wesenloser Schatten ist, vermag's überhaupt kaum zu begreifen.

Und dennoch war es so! Auch das Aeußerste der schamlosen Entblößung sollten dieser christlichen Volkspartei nicht erspart bleiben. Ein Antrag Fischbeck forderte getrennte und besondere Abstimmung über jenen Passus des Antrags Schiffer-Friedberg, der die „Ungeheuerlichkeit" der Suspension ausspricht. Das Zentrum stimmte in besonderer und getrennter Abstimmung für die Ungeheuerlichkeit der Arbeiterverhöhnung, für die Abnormität des Rechts!

Als das vorüber war, gab es allerdings keine Scham mehr. Abstimmung für Abstimmung exerzierte das Zentrum wie ein Bataillon Soldaten, die Freikonservativen zur Rechten und die ganze Linke mit ihnen. Herr Trimborn hatte erklärt, seine Partei lege das größte Gewicht darauf, daß das passive Wahlrecht auch schon den 25jährigen zustehen sollte — das Zentrum beschloß 30 Jahre! Ueber die Forderung der Kommission, daß ein Arbeiter erst nach vierjähriger Dienstzeit gewählt werden könne, hatte Herr Trimborn gestöhnt:

4 Jahre! Ja, meine verehrten Herren, dann ist die Auswahl der betreffenden Arbeiter **in einer ganz unzulässigen Weise beschränkt;** so sind nur sehr wenige Bergarbeiter, die 4 Jahre auf ein und demselben Bergwerk arbeiten. . . . . Ich glaube, das geht zu weit, und sie sollten auf den Boden der **Regierungsvorlage** zurückkehren und sich mit **einem Jahr** begnügen.

So sprach Herr Trimborn und das Zentrum stimmte für — **drei Jahre!** Die ganze Zentrumspresse versprach den Arbeitern feierlich, daß die Fraktion unter keinen Umständen für ein Gesetz stimmen werde, das hinter der Regierungsvorlage zurückbleibt, das Zentrum hat aber für ein Gesetz gestimmt, an dem gemessen die ursprüngliche Regierungsvorlage noch als ein wahrer Schatz freiheitlicher Gesinnung und sozialpolitischer Einsicht erscheint!

Ein infames Gesetz, eine infame Partei! Das ist das Resultat dieses letzten Sitzungstages, der in der Geschichte des Dreiklassensystems als ein wahrhaft schwarzer Freitag unvergeßlich bleiben wird. **„Verrat!"** Wenn dieses Wort nicht überhaupt aus dem Wörterbuch der deutschen Sprache gestrichen werden soll, dann wird es ewig angewendet werden müssen auf jene Judaspartei die den ehrlichen Namen Christus mit ihren Lippengebeten schändet und im Namen von Religion und Sittlichkeit die Politik als das schmutzigste aller Gewerbe betreibt!

Fünfter deutscher Gewerkschaftskongress.

5. Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

Köln, 26. Mai.

Zum Punkte:

Arbeits- oder Arbeiter-Kammern

erhalten die Referenten das Schlußwort.

Umbreit-Berlin: Ich bedaure außerordentlich, daß Hue's ganzes Referat mit persönlichen Polemiken unangenehmster Art gegen mich durchsetzt war. Was hatte diese Frage der gesetzlichen Arbeitervertretung mit Radikalismus und Revisionismus zu tun?

Ich nehme noch immer für mich in Anspruch, wenn es galt, Rechte für die Arbeiter zu verlangen, auf dem radikalsten Standpunkt gestanden zu haben. Was ist radikaler? Für die Arbeitervertretung eine möglichst selbständige Form zu verlangen oder mehr Rechte für sie zu fordern; ihren Einfluß direkt umzusetzen in mehr Regierungsgewalt, mehr Selbstverwaltungsfreiheit? Darum nannte ich die Forderung der Arbeiterkammern unsere mindeste, weil sie den schon bestehenden Arbeiterorganen der Meinungsäußerung gleichsam nur den amtlichen Stempel aufgedrückt sehen will. Aber ich fordere darüber hinaus für paritätische Arbeitskammern Rechte bei der Durchführung und Beaufsichtigung des Arbeiterschutzes, eine Reihe von direkt gewerbebehördlichen Funktionen. Genosse Hue wollte schon der amtlichen Statistik der reinen Arbeiterkammern einen sehr großen Wert beilegen, weil die Bureaukraten die Gewerkschaftsstatistiken nicht achteten. Aber werden sie, wenn man einmal diese Aversion gegen die Arbeiterstatistik festgestellt hat, mehr Wert auf die statistischen Arbeiten reiner Arbeiterkammern legen? — Freund Hue nannte es Illusion und Utopie, auf die Ueberwindung der Scharfmacher in den Arbeitgeberkreisen zu rechnen. Aber Gewerbegerichtsausschüsse und Tarifämter haben gezeigt, daß die Arbeitgeber sehr wohl mit Arbeitern paritätisch zusammenarbeiten können. Genau wie bei den Arbeitgebern lehne ich bei den Arbeitern jedes korporative Wahlrecht ab, ja ich erkläre, daß nur mit einem gleichen demokratischen Wahlrecht bei Arbeitgebern wie bei Arbeitnehmern die Arbeitskammern für mich annehmbar sind. — Sie stehen im Begriff, mit der Forderung reiner Arbeiterkammern die Forderung preiszugeben, die sie seit Jahrzehnten vertreten haben; die Forderung der Organisation des Arbeiterschutzes. Aber noch mehr: Sie wollen den Stab brechen über eine Taktik, die die parlamentarische Vertretung der Arbeiterklasse seit Jahrzehnten verfolgt und programmatisch festgelegt hat, auf die sie sich sogar vor wenigen Wochen noch der Regierung gegenüber verpflichtet hat. Sei sich jeder einzelne der Genossen auch dieser Bedeutung seines Votums bewußt. (Bravo!)

Korreferent Hue: Die deutsche Arbeiterklasse hat sich leider mit dieser Frage der gesetzlichen Interessenvertretung noch recht wenig beschäftigt. Sonst wäre es unmöglich, daß Genosse Körsten von der Einflußlosigkeit der Handelskammern spräche, über deren Bedeutung ihn jede Beratung etwa des Eisenbahnrats belehren könnte. Körsten nannte diese ganze Frage eine Doktorfrage. Wenn sie das wäre, so hätte ich mich unter keinen Umständen zum Referenten über diese Frage hergegeben; das hätte ich den Doktoren überlassen. (Heiterkeit.) Aber es wäre wirklich nicht nötig, der Regierung noch das Argument zu liefern, als sei es den Arbeitern selbst noch nicht ernst mit der Verwirklichung dieser Forderung. Körsten meinte, ich sei so sehr gegen alle Parität, weil mir der Bergarbeiterstreik noch schwer im Magen liege. Ich kann ihm versichern, daß ich einen sehr guten Magen habe; aber der Bergarbeiterstreik kann doch nur bestätigen, was ich über die gemeinsame Vertretung aller Arbeiter gesagt habe. Die Siebener-Kommission war eine reine Arbeitervertretung und wir haben uns stets sehr leicht verständigt. Unser Telegramm an den Reichskanzler steht mit unsern Interpellationen im Reichstage durchaus auf einer Stufe. Besonders aber nimmt mich wunder, daß gerade die Metallarbeiter mit ihren Kühnemännern an eine paritätische Tendenz in der Unternehmerklasse glauben. Wollen Sie wirklich mit diesen Vertretern des Unternehmertums, die mit allen Salben gerieben sind, die weniger geschickten Arbeitervertreter entgegenstellen. (Unruhe.) Daß Sie nicht in jede Arbeitskammer vollkommen ausgebildete Arbeitervertreter hinschicken können, weiß doch jeder aus der Praxis. (Cohen, Metallarbeiter: Ich nicht.) Ja, wir können doch nicht überall den Kollegen Cohen hinschicken. (Große Heiterkeit.) — Nun zu Umbreit. An welche Adresse sich meine Verwahrung dagegen richtete, aufgrund irgend einer Aeußerung jemanden in die Radikalen- oder Revisionistenrubrik einzuschachteln, wird wohl jeder empfinden. Ich mußte in meinem Referat betonen, daß es sich nicht um eine prinzipielle, sondern um eine rein praktische Frage handele, damit jedenfalls nicht unsere Entscheidung als ein Protest oder eine Demonstration gegen die Reichstagsfraktion angesehen werden könnte. Nicht aus Radikalismus fordere ich Arbeitervertretung, sondern einfach um der Gleichberechtigung der Arbeiter willen, die ihnen doch so gewissermaßen in der Verfassung gewährleistet ist. Wir sind hier eine reine Arbeiterkammer, wir haben der Regierung und Gesetzgebung nicht paritätisches Material zu unterbreiten, sondern einfach die Forderungen der Arbeiterklasse. Und da verstehe ich einfach nicht, wie sich Umbreit gegen das korporative Wahlrecht sträuben kann. Den Unorganisierten das Wahlrecht geben, heißt Mittel gegen die Organisationen schaffen. Jede Wahl Unorganisierter verleiht in der „paritätischen" Kammer den Unternehmern das Uebergewicht. Der Kampf gegen das korporative Wahlrecht ist ein Kampf gegen die Anerkennung der Gewerkschaften als Vertretung der Arbeiter. — Schließlich warnte Umbreit vor der Schaffung eines Gegensatzes zwischen der Fraktion und diesem Kongreß. Aber in der Fraktion, in der ein sehr erheblicher Teil der Kollegen für Arbeiterkammern eintrat, hat niemand diese Frage für prinzipiell gehalten. In der Fraktion handelte es sich nur um die Frage der Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit und darum, was die Fraktion zuerst erreichen könnte. Wir aber sollen hier nur als Arbeitervertreter der Regierung und den Parteien unsere Ueberzeugung kundgeben, daß auch die Arbeiter das Recht auf eine reine Interessenvertretung haben und das Prinzip der bürgerlichen Gleichberechtigung nicht im Stiche lassen wollen. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt die namentliche Abstimmung. Für Arbeitskammern stimmen geschlossen die Delegierten der Bäcker, Handlungsgehilfen, Kupferschmiede, des Metallarbeiterverbandes, der Sattler und der Zivilberufsmusiker; außerdem die Mehrheit der Delegierten der Schmiede und Minderheiten unter den Bergarbeitern (1), Bildhauern (1), Buchbindern (1), Buchdruckern (1), Fabrikarbeitern (2), Formstechern (1), Hafenarbeiter (1), Maurer (3), Schuhmacher (3), Stukkateure (1), Textilarbeiter (6) und Zimmerer (1).

Diese 48 Delegierten vertreten 379 431 Mitglieder. Für Arbeiterkammern entscheiden sich die übrigen Delegierten (151) und bilden mit den 771 663 Mitgliedern, die sie vertreten, die Mehrheit. Der Gewerkschaftskongreß hat sich also für Arbeiterkammern entschieden.

Den beiden Referenten Umbreit und Hue wird aufgetragen, auf Grund dieser Entscheidung eine Resolution auszuarbeiten.

Der Kongreß nimmt hierauf die redaktionell etwas geänderte Resolution über Genossenschaften und Gewerkschaften mit den Zusatzanträgen der Bäcker und Transportarbeiter gegen 10—15 Stimmen (v. Elm) an.

Diamantstadt.

Roman von Hermann Heijermans.

37) (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Eleazar steckte den Kopf in die Schale voll Wasser, das er sich abends von Tante mitnahm, die das ganze Haus damit versorgen mußte. Es war nur ein Hahn da. Saartje spie währenddem bimmter auf Suikerpeers Fenstergesimse. Sie zählte die fallenden Flöckchen, die auf das Holz klatschten. Wenn sie weiter weg spuckte, dann sah sie sie nicht, dann fielen sie in den Schlamm auf den Hof, wo Kohlstrünke und Blätter verfaulten und wo ein zersplitterter Teller lag, der aus einem der Fenster gefallen war.

Während Eleazar sich noch nachtrocknete, blickte er in das Dunkel des Ganges. Rebekka kehrte mit einem Handbesen die Treppenstufen ab; sie trug ein Tuch um den Kopf, die schwarzen hängenden Haare verworren um das zartbleiche Gesicht und lachte verlegen. Sie hatte das abgetragene Kleid umgeschlagen, das schmutzige schwarze Futter nach außen, die Aermel hoch herauf umgekrempelt, daß das Fleisch zu sehen war. Das ausgerissene Häkchen des fahlen Sammetkragens ließ den molligen Hals mit den fein ausgezweigten Adern zum Vorschein kommen.

„Guten Morgen," sagte er, sich abtrocknend.

„Tag," rief Rebekka scheu, im Dunkel der Treppe.

„Das können Sie bei mir auch wohl mal tun," meinte er fröhlich, „meine Möbel verderben sonst. Ich habe seit Monaten nicht gefegt."

„Ach was?" lachte sie, zurückgelehnt, verlegen aufblickend.

Saartje kam auch an die Tür.

„Tag, Bekkie! Tag, Tan!"

„Tag, Saarlieb." — —

Eifrig begann sie wieder zu fegen, immer eine Stufe höher, dann auf dem Flur; lachend schwatzte sie dabei, während sie auf Händen und Knien herumkroch.

Eli aß ein Schnittchen Brot mit Sirup und winkte ihr hereinzukommen; er erkundigte sich nach ihrem Vater. Aengstlich zagend hielt sie sich an dem Türpfosten fest und schwenkte albern den Handfeger. Sie kam nie aus dem Hause heraus — höchstens mal wegen der Kinder. Sie schien eine angeborene Hausmütterchennatur zu besitzen, schien sich nicht wie andere Mädchen an dem albernen Schabbesgetändel zu beteiligen. Nun war sie so im starren Licht des Fensters, die Augen schwarz, irrend unter der zusammengewachsenen Augenbrauenlinie, das rotwollene Tüchlein um die schwarzen Haare geschlungen, üppig und eigenartig wie ein Kranz — von einer solch seltsam wilden Schönheit, daß ihm die scherzende Rede stockte, und das Augenglühen von damals — in der Halle der Kinderbewahranstalt — sie töricht dreist auflachen ließ.

„Wie sehen Sie mich an?" — sprach sie trocken mit einer Stimme, die kaum einen Klang hatte.

„Ich sehe nur so — nur so," lachte er, wobei es ihm heiß in die Kehle stieg.

„O, — sehen Sie nur so, schäkerte sie.

„Nur so," wiederholte er, indem er zu scherzen versuchte. Dann stand er auf, stellte den Stuhl an das Fenster und spielte mit Saartje. Rebekka trat ins Zimmer, bückte sich, die Hüften hoch in dem Gewirr der Röcke, und begann leise zu fegen.

„Mache ich Ihnen nun eine Freude?" lachte sie kindlich.

„Und ob," sagte er. „Wie leicht könnten mir meine Möbel verderben, wenn sie im Staube ständen.

Sie lachten beide. Es stand nichts in dem kleinen niedrigen Zimmer als eine Bettstelle mit einer simplen Matratze, ein Stuhl und eine Kiste mit einer Waschschale. Aber sein Lachen währte nicht lange. Das Kind sprang von seinem Schoß.

„Adieu, Onkel".

„Wo willst du hin?"

„Ich muß in die Schule! . . ."

„Warte doch noch . . ."

„Nein, Onkel. — Jan steht schon fertig unten."

Sie hatte ihn auf dem Hofe gesehen und strampelte die Treppe hinunter, die Tür hinter sich zuschlagend.

„Was für ein liebes Kind", sagte Rebekka, indem sie sich tief bückte. Scheu blickte sie auf, halb ängstlich, halb lachend.

„Ein liebes Kind", wiederholte er leise.

Das kratzende Geräusch des Handfegers unterbrach die Stille. Starr blickte er aus dem Fenster erst nach dem gegenüberliegenden Dach, das grellrot war und dampfte. Weichbleiche Wölkchen krüllten sich an der Rinne entlang, und auch von den feuchten Pfannen stieg es wie ein Dunst von austrocknender Feuchtigkeit. Dann blickte er hinunter auf die Kinder, die zusammen mit Mijntje, der Tochter Suikerpeers, durch den Torweg gingen. Hinter ihm kratzte der Handfeger weiter, mit lang ausholenden dürren Stößen.

„Das ist lange nicht mehr geschehen", sprach er zuerst.

„Nein, lange nicht", sagte sie schnell und laut.

Sie fegte still an der Bettstelle, den Kopf von ihm abgewandt, die vollen Hüften und Waden ihm zugekehrt. Ihr rotes Tüchlein hing lose auf dem gekrümmten Rücken, die alten Pantoffeln wippten ab von den Hacken.

„Ich will's wohl jeden Tag für Sie tun", sprach sie nach einer Pause und hockte auf den Knieen; dabei blickte sie ihn an, eher frech als verlegen. So stieß sie ihn ab. Wenn sie nur zaghaft, scheu war in ihrem Tun, war sie lieb, bezaubernd, glich sie einem Kind, das nichts von der Sonne sah, nichts von der Außenwelt wußte. — Aber der herausfordernde Blick, den sie manchmal hatte, rief eine Abneigung bei ihm hervor, die er sich nicht recht zu erklären wußte.

„Ja, das wär' ganz gut", sprach er fast feindselig, „das hätte ich ganz gern — aber ist Ihnen das nicht zu lästig?"

„Nein", lachte sie kurz und dann schnell sich erhebend: „Soll ich Ihnen Ihr Bett machen?"

„Ziehen Sie die Decke nur zurecht", nickte er.

Es war doch ein netter Anblick — das Mädchen, das das Kissen aufklopfte und seine Decke glatt strich. Sie rieb mit den Händen darüber und setzte sich auf dem Rand der Bettstelle, wo Saartje gesessen hatte.

„Haben Sie kein Bettuch?"

„Ein Bettuch? Ach, nein! . . ."

„Liegen Sie da nicht kalt drauf?"

„Alles Gewohnheit . . ."

„Wir liegen wärmer", lachte sie wieder.

„Wer?" fragte er steif. Es schien ihm plötzlich befremdend, wie sie da so saß, mit diesen wilden Haaren unter dem rotwollenen Tüchlein.

„Wir", erklärte sie, „mein Schwesterchen — mein Bruder Joozep und ich — wir liegen wärmer. Und wenn's kalt ist, kriechen wir dicht zusammen."

„Soo", sprach er, über das plötzliche Vertrauen lächelnd. Einen Augenblick begegneten sich ihre Augen. Sie schlug sie zuerst nieder und spielte, auf dem Bettrand sich wiegend, albern mit einem Zipfel der Decke. — —

„Rebekka — Rebekka! — Wo steckst du? . . ."

Poddy schrie es unten durch den Flur.

(Fortsetzung folgt.)

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist:

Die Stellung der Gewerkschaften zum Generalstreik.

Referent ist Reichstagsabgeordneter Bömelburg: Das Thema ist im Auslande häufiger erörtert worden, als in Deutschland. Aber auch bei uns ist seit dem vorigen Jahre darin eine Aenderung eingetreten. Die Frage des Generalstreiks, des politischen Massenstreiks wird nicht bloß in der Presse und in Versammlungen erörtert, auch der letzte sozialdemokratische Parteitag hat ihm einige Stunden gewidmet, und es ist dem Parteivorstand überlassen worden, ihn auf die Tagesordnung eines Parteitages zu setzen. Soweit ich die Stimmung in der Parteileitung kenne, wird sich der Parteitag in den nächsten Jahren mit der Sache nicht befassen. Ob aber die sozialdemokratische Partei einer erneuten Erörterung der Frage aus dem Wege gehen kann, möchte ich sehr bezweifeln. Da wäre es eine Unterlassungssünde, wenn die Gewerkschaften nicht ihrerseits Stellung nehmen wollten. Sonst laufen sie Gefahr, wenn sie heute nicht sprechen, sich Beschlüssen fügen zu müssen, die an andern Orten gefaßt sind. Auf der Tagesordnung stünde besser: Stellungnahme der Gewerkschaften zum politischen Massenstreik. Es gibt ja jetzt eine ganze Anzahl von Streikarten, die ich gar nicht alle nennen kann. (Heiterkeit.) Da gibt es die Auffassung der Anarchisten, die Auffassung des Genossen Friedeberg, die Auffassung der Holländer, der Franzosen, der Italiener, die Auffassung der internationalen Kongresse und alle unterscheiden sich untereinander. In neuester Zeit hat man die Bezeichnung: politischer Massenstreik aufgebracht, der nach der Ansicht der Erfinder dieses Wortes etwas anderes sein soll, als der Generalstreik. Ein Generalstreik wurde auch der Bergarbeiterstreik genannt. Dazu eine Bemerkung: Die deutschen Gewerkschaften haben alle Veranlassung, dem Unfug entgegenzutreten, der in der Arbeiterpresse hier und da und in Versammlungen sich breit macht. Wenn nämlich einmal ein Streik nicht mit einem unmittelbaren Erfolg endet, dann wird sofort von einer großen Niederlage geredet. Ein größerer Unfug ist nicht zu denken. (Lebh. Zustimmung.) Wie oft schon ist von solch' großen Niederlagen gesprochen; so 1890 und 1891, wo es schon hieß, die Gewerkschaften seien ohnmächtig im Kampf gegen den Kapitalismus. Wie oft sind ein Jahr nach einer sog. Niederlage die Forderungen der Arbeiter bewilligt worden. Haben das die Arbeitgeber aus gutem Herzen getan? Nein, aber sie wollten nicht zum zweiten Male einen solchen „Sieg" gewinnen. Wenn der Bergarbeiterstreik zu nichts weiterem führt, als zu einer starken, finanziell gut fundierten Organisation, so ist das allein schon ein ganz gewaltiger Erfolg. (Lebh. Zustimmung.)

Und nun kommen Leute und sagen: Seht Ihr's, so könnt Ihr nichts erreichen, Ihr müßt eine ganz andere Taktik einschlagen. Wenn die Arbeiter eines Gewerbes nicht siegen können, so sollen andere Arbeiterkategorien die gesamte Produktion lahmlegen, um so auf die Unternehmer, Staats- und Gemeindebehörden und alle Kreise des Publikums einen starken moralischen und materiellen Druck auszuüben. Aber sollten z. B. beim Bergarbeiterstreik die Solidaritätsstreiks wirken, so hätten nicht nur alle deutschen Bergarbeiter, sondern auch die belgischen, englischen und russischen Bergarbeiter in den Streik treten müssen. Hätte das wohl die Chancen des Ausstandes verbessert?

An ihrem „Generalstreik" laborieren die Glasarbeiter noch heute und wahrscheinlich noch ein Jahrzehnt; die meistbetroffenen Flaschenarbeiter sind noch heute fast vollkommen der Organisation verloren. Gewiß rufen die Arbeiter im Kampfe, wenn sie nicht anders mehr siegen können, nach allen Seiten um Hilfe. Aber wer ihnen predigt, daß diese Hilfe durch Sympathiestreiks möglich ist, der versteht nichts vom praktischen Leben oder — glaubt an den anarchistischen Generalstreik, der die soziale Frage im Handumdrehen lösen soll.

Mir erklärte aus diesem Gedanken heraus der Vorsitzende der holländischen Gewerkschaften, seine Organisation sei viel besser als unsere. Denn sie sei klein, aber bestehe aus freien Persönlichkeiten und zielbewußten Genossen, die einst alle andern mit fortreißen könnten. So ist in den letzten Tagen den Redaktionen ein Buch zugegangen: „Der soziale Generalstreik" von Reinhold Roller. Da wird das anarchistische Rezept für den Generalstreik auseinandergesetzt: „Erst streiken die Eisenbahnarbeiter." Ich zweifle, daß die deutschen Eisenbahner die ersten zum Generalstreik sein werden. „Danach die Bergarbeiter, die ziehen Bäcker und Fleischer nach sich. Dann läßt der Generalstreik zum erstenmale der herrschenden Klasse das entsetzliche Gespenst des Hungers verstehen und fühlen." (Große Heiterkeit.)

Nun ist es ja erheblich leichter, mit dem Produzieren aufzuhören, als mit dem Konsumieren. (Heiterkeit.) Aber Roller löst die Frage, die bisher nur die Bourgeoisie beantworten konnte: konsumieren ohne zu produzieren. (Heiterkeit.) „Die Bäcker- und Fleischerläden werden geplündert." (Heiterkeit.) Wenn man daneben noch ein paar Telegraphendrähte abschneidet und Eisenbahnschienen aufreißt, so müssen sich die Truppen in kleine Gruppen auflösen, werden machtlos und . . . das Proletariat hat gesiegt, die soziale Frage ist gelöst. (Stürmische Heiterkeit.) Da wundere ich mich nur, daß wir, die wir doch auch das ABC der Arbeiterbewegung gelernt haben, nicht längst die soziale Frage gelöst haben. (Heiterkeit.) Aber die Propaganda so unsinniger Ideen im Proletariat ist recht gefährlich, weil sie von dem langsamen Vorwärtsschreiten ablenken, mit dem wir allmählich das Ziel der Arbeiterbewegung erreichen. Deshalb bedauere ich, daß im Gegensatz zu den früheren Beschlüssen der internationalen Kongresse von Zürich und London der Amsterdamer Kongreß den ausgedehnten Streik in einzelnen wichtigen Betriebszweigen als das äußerste Mittel anerkannt hat, um bedeutende wirtschaftliche Veränderungen herbeizuführen oder sich reaktionären Anschlägen auf die Volksrechte zu widersetzen. Ich sehe darin nur eine sehr bedauerliche Konzession an den Generalstreik.

Wir könnten nun ja in den nächsten Tagen in Deutschland die Probe aufs Exempel machen, ob der Generalstreik geeignet ist, ein Abwehrmittel gegen den Raub von Volksrechten zu sein. Kaum irgendwo anders haben sich die Klassengegensätze so zugespitzt, als in Hamburg; die Reaktion ist sehr stark, und ich bin überzeugt, die Reaktion wird siegen. Aber der politische Massenstreik würde nur dazu führen, daß die Senatsvorlage eine noch größere Majorität fände. (Zuruf: Und noch schneller angenommen würde! Zustimmung.) Aber ist der politische Massenstreik im Ernstfalle ein neues Kampfmittel gegen politische Entrechtung? Die Taktik im Kampf gegen das Unternehmertum und die Reaktion läßt sich nicht beliebig vorausbestimmen, sondern richtet sich nach den jeweiligen Verhältnissen. (Sehr richtig!). Welches Mittel wir wählen, wenn in Zukunft die Reaktion versucht, die Volksrechte zu beschneiden, können wir ruhig der Zukunft überlassen. (Vielfache Zustimmung.) Der Massenstreik scheint mir ein äußerst zweifelhaftes Kampfmittel zu sein. Demonstrationen durch Arbeitseinstellung, die im voraus auf 3 bis 4 Tage vorausbestimmt sind, werden dem Staate nicht wehe tun. Wenn wir etwas ernsteres erreichen wollen, müssen wir wirklich zu etwas ernsteren Mitteln greifen.

Die bisherigen Massenstreiks haben auch keine dauernden Erfolge gehabt. In Italien haben die Arbeiter das wertlose Versprechen eines Ministers gewonnen, nicht mehr auf die Streikenden schießen zu lassen, aber das Koalitionsrecht der Eisenbahner verloren. In Schweden ist man sich über eine erneute Probe auf den Generalstreik keineswegs einig und die Resultate in Belgien und Holland sind auch nicht gerade ermutigend.

Das sind Argumente, die gegen die Anwendung des Generalstreiks überhaupt sprechen. Aber wir haben keine Veranlassung, heute zu sagen, daß er nie angewendet werden wird. Die Entscheidung über eine solche Frage schiebt man am besten auf (vielfache Zustimmungsrufe, die fast jeden Satz des Redners bis zum Schlusse begleiten). Wir können über den politischen Massenstreik wohl diskutieren, aber wir müssen uns ernsthaft überlegen, ob wir ihn anwenden. Und aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung muß auch die Diskussion über den Generalstreik verschwinden. Welch ungeheure Mühe welch ungeheure Opfer hat es gekostet, bis die deutsche Gewerkschaftsbewegung die jetzige hohe Stufe ihres Könnens und ihrer Macht erreichte. Sie ist die Frucht mühsamer Arbeit von 3—4 Jahrzehnten. Zum Weiterstreben bedürfen wir der Ruhe. Aber da setzen sich die Litteraten hin und schreiben und schreiben. Wer leichten Herzens von der Anwendung des Massenstreiks redet, versteht nichts von der praktischen Arbeiterbewegung. (Sehr wahr!) Aber man fragt, was wir anfangen sollten, wenn wir kein Wahlrecht mehr hätten. Wir werden dann im Kampfe die Mittel anwenden, die wir als zeitgemäß betrachten. Und wenn uns die Reaktionäre trotzdem das Wahlrecht nehmen, glauben Sie, daß wir dann am Ende unseres Lateines sind? (Vielfache Zurufe: Nein, noch lange nicht!) Und wenn man uns auch noch das Koalitionsrecht nähme, glauben Sie, wir wären dann am Ende unseres Lateins? (Erneute Zurufe.)

Heute hat das Gefühl in der Arbeiterschaft Wurzel gefaßt, daß wir ungerecht behandelt werden. Wir wissen, was wir für Menschenrechte haben und keine Reaktion wird imstande sein, diesen Gedanken in der Bevölkerung auszurotten. Wenn wir die Organisationen stärken und ihre Mitglieder zu klassenbewußten, überzeugungstreuen Genossen erziehen, können wir mit ruhigem Mute der Zukunft entgegensehen. Dann wird, wenn es einst heißt kämpfen, die Arbeiterschaft am Platze sein, sie wird siegen und das Ziel erreichen, das sie sich gesteckt hat. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Ein Antrag Kloth, in der Resolution Bömelburg Absatz 3 zu streichen, der sich gegen die Propagierung des politischen Massenstreiks wendet, findet nur etwa 15 Stimmen Unterstützung. Die Unterstützung reicht nicht aus. (Vielfaches Bravo bei der Mehrheit.)

In der Diskussion erhält das Wort

Timm-München: Die Frage des politischen Massenstreiks ist zu ernst, als daß man mit Bömelburg abweichende Meinungen darüber mit den Schlagworten Revisionismus oder Radikalismus abtun könnte. Auch die Art, wie Bömelburg über die Litteraten geurteilt hat, (Zuruf: War sehr gut!) kann ich so allgemein nicht billigen. (Na! na!) In der Konsequenz war es die schärfste Kritik an Karl Marx und Friedrich Engels (Sehr richtig! und lebh. Widerspruch. Zuruf: Ach, die sind ja längst tot!) und ein Appell an die Denkfaulheit (Sehr richtig! bei der Minderheit.) Solange wir auf parlamentarischem und politischem Gebiet Ellenbogenfreiheit haben und vorwärts dringen können, haben wir nicht die mindeste Veranlassung, an den Generalstreik zu denken und können alles der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung überlassen. Nach meiner Meinung kann es auch nichts Schlimmeres geben, als bei jeder Kleinigkeit mit dem Generalstreik zu drohen. (Lebhaftes Sehr richtig!) Solch untaktisches Provozieren ist politisch durchaus unklug. (Allgemeine Zustimmung.) Wir haben noch eine lange Reihe evolutionistischer Phasen zurückzulegen, ehe wir uns der politischen Macht bemächtigen können. Wir haben noch ungeheuere Massen aufzuklären und stehen noch lange nicht an der Weltenwende. (Sehr wahr!) Allein wenn ich sehe, wie die englische Gewerkschaftsbewegung stagniert, aus Mangel an politischer Macht, so kann ich mich des Gedankens nicht erwehren, daß Sachsen, Hamburg und Lübeck auch in Deutschland die erste Etappe einer Entwicklung sind, die darauf hinauslaufen wird, auch in Deutschland die politische Bewegung der Arbeiterklasse zu unterdrücken und die gewerkschaftliche allein zu stellen, damit die beiden großen Arme des Proletariats nicht mehr ineinandergreifen können. Und da habe ich keinen solchen Zukunftsglauben, daß ich glaube, jeder werde in der verantwortungsvollen Stunde wissen, was er zu tun hat. Ich weiß aus Erfahrung, daß sich das anders abspielt, daß in der Stunde der Entscheidung auch ein allgemeiner Wirrwarr herrschen kann. Aber auch das Sich-gefallen-lassen hat seine Grenzen. Die deutsche Arbeiterklasse wird sich nicht russische Zustände aufzwingen lassen. (Sehr richtig!) Deshalb kann ich nicht sagen: Diskutiert die Frage des Generalstreiks nicht, schiebt sie hinaus. Mit dem Absatz 3 ist die Resolution Bömelburg für mich unannehmbar. (Vereinzelter Beifall.)

Leimpeters-Bochum (Bergarbeiter) hält die Aeußerung des Referenten über die Litteraten doch für berechtigt. Als er Liebknecht auf dem preußischen Parteitag habe sagen hören, man solle die Arbeiter auf die Schanzen rufen, habe er sich gesagt: Ei, mein lieber Mann, wenn du auf der Schanze stehen und rufen wirst, dann möchte ich einmal sehen, wie viel Arbeiter dir da folgen werden. (Heiterkeit.) Einen Unterschied zwischen dem anarchistischen Generalstreik und dem sozialdemokratischen politischen Massenstreik vermag ich nicht zu erkennen. Die Massenstreikpropagierer sagen: wir wollen im friedlichen Massenstreik einige Tage der bürgerlichen Gesellschaft demonstrieren, daß sie ohne Arbeit nicht existieren könne. Das ist sehr richtig, und das weiß die bürgerliche Gesellschaft; sie weiß aber auch, daß die Arbeiter ohne Arbeit nicht leben können. (Sehr richtig!) Ein dreitägiger Generalstreik würde das Vaterland schwer schädigen, aber gerade diejenigen nicht treffen, die wir treffen wollen. Das Kapital würde mächtiger als zuvor daraus hervorgehen. Denken Sie an den Generalstreik der Bergarbeiter. Da hatten wir alles für uns, die Sympathie des ganzen Landes, und konnten nicht einmal dem Kohlensyndikat etwas auf den Kopf geben. Ich bestreite gar nicht, daß der Generalstreik einmal kommen mag, aber ihn zu propagieren, den Glauben zu verbreiten, als könnten wir durch dreitägige Generalhungerkuren so etappenweise in den Zukunftsstaat hineinkommen, ist Generalunsinn. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Kloth-Berlin (Buchbinder): Ich wünschte, der Referent hätte etwas tiefer geschürft. (Zuruf: Ja, wie du! Große Heiterkeit.) So hat er Belgien gar nicht erwähnt (Widerspruch) und die Tatsache, daß das jetzige Wahlrecht dort die Folge des Generalstreiks der 90er Jahre ist. Auf der Vorkonferenz der Gewerkschaftsvorstände hat Bömelburg gesagt, wir kämen um die Erörterung nicht mehr herum, nachdem Kautzky und Frau Zetkin in Bremen für den Generalstreik Propaganda gemacht hätten. Die Gewerkschaften können in der Tat am wesentlichen Bestande der bürgerlichen Gesellschaft nichts ändern. Das darf bei der Beurteilung des Generalstreiks nicht übersehen werden. Vergessen wir nicht, welche Rolle er jetzt in Rußland spielt. Aber der Referent hat eben den Fehler begangen, ungewöhnliche Ereignisse mit gewöhnlichem Maße zu messen. Alle seine Argumente lassen sich gegen jeden Streik anwenden. Die „Breslauer Volkswacht" hat gemeint, wenn es in Hamburg zu einem Wahlrechtsraub käme, könnte man dort einmal mit dem Generalstreik die Probe aufs Exempel machen. Ich halte es für vollkommen unangebracht, in einer einzelnen Stadt, wie Hamburg, oder auch in einem Lande, wie Sachsen, bei einem Wahlrechtsraube zum Generalstreik zu schreiten, weil er in so kleinen Wirtschaftsgebieten nicht seine volle Wirkung erhalten kann. Wenn aber im deutschen Reiche es wieder zu einer politischen Entrechtung kommen sollte, wie unter dem Sozialistengesetz, dann werden die Arbeiter zu politischen Massenstreiks greifen müssen. Gegen Zustände, wie in Rußland, müssen alle Mittel angewandt werden.

Reichstagsabg. Robert Schmidt: „Alle Mittel", das ist bloß eine schöne Phrase. „Alle Mittel" kann man nicht anwenden; man hat zu prüfen und abzuwägen, ob ein Mittel erfolgreich ist. Dafür halte ich nun den politischen Massenstreik gegen reaktionäre Maßnahmen einer Regierung nicht. Alle Erfahrung lehrt, daß die Anwendung dieses Mittels nur die Reaktion stärkt, genau so, wie die Anwendung der Gewalt. Man sollte nicht immer das Schreckgespenst der Wahlentrechtung an die Wand malen. Seien wir nicht so nervös und zimperlich. Schreien wir nicht immer: das wird kommen! Unsere Machtposition ist eine ganz andere, als früher. Wir haben die Stärke, der Gefahr ruhig ins Auge zu schauen. (Lebh. Zustimmung.) Nicht eindringlich genug kann der Arbeiterklasse die Gefahr des Massenstreiks vor Augen geführt werden. Es ist nichts anderes, als ihr die Schlinge um den Hals legen und der Bourgeoisie zurufen: Zieh zu! (Lebh. Beifall.)

Die Mittagspause tritt ein.

Aus Baden.

Parteitag der badischen Demokratie.

* **Offenburg,** 28. Mai. Gestern und heute fand unter zahlreicher Beteiligung aus dem ganzen Lande der demokratische Parteitag statt, der mit einer vertraulichen Besprechung der Delegierten seinen Anfang nahm, an die sich ein Bankett anschloß, das auch von der Offenburger Bürgerschaft gut besucht war. Heute begannen die Hauptverhandlungen. Als erster Vorsitzender wurde Landtagsabgeordneter Muser und als dessen Stellvertreter der Rechtsanwalt Schneider-Offenburg gewählt. Den Jahresbericht erstattete Landtagsabgeordneter Heimburger, in dem er besonders die neue Parteikonstellation und Blockbildung hervorhob und einen kurzen Rückblick auf die Verhandlungen zwischen den Parteien gab, die zu derselben geführt. In der Debatte betont Muser, daß die demokratische Partei nach wie vor auf dem durch das Programm der deutschen Volkspartei festgelegten Standpunkt stehe, daß demnach auch die Demokraten niemals einen Kulturkampf in dem seitherigen Sinne des Wortes mitmachen würden. Redner legte sodann das bekannte Schulprogramm der Partei vor, das in seinen letzten Zielen Trennung von Kirche und Schule verlange. Die Wahl des engeren Ausschusses ergab die Wiederwahl desselben mit Heimburger als ersten Vorsitzenden. Es folgt der Landtagsbericht des Abg. Venedey-Konstanz, der neue Punkte nicht bringt, sondern ein gedrängtes Bild der letzten Landtagsverhandlungen gibt. An der Debatte beteiligten sich Fulda-Mannheim, Ihrig-Mannheim, Schneider-Offenburg, Heimburger u. a. Bei dem Punkt „Anträge und Wünsche" bespricht Dr. Haas-Karlsruhe die Frage der Tarifreform und Betriebsmittelgemeinschaft und stellt folgenden Antrag: „Die deutsche Volkspartei in Baden erhebt lebhaften Protest gegen das, was nach den in die Oeffentlichkeit gelangten Nachrichten den Inhalt der Verhandlungen über eine Betriebsmittelgemeinschaft und eine Tarifreform zwischen den süddeutschen Regierungen und der preußischen Regierung bildet. Die Partei würde es sehr bedauern, wenn bei diesen Verhandlungen die badische Regierung die nachgiebige Stellung eingenommen hätte, wie das in diesen Tagen behauptet wurde. Eine Vereinbarung, welche eine Verteuerung der Personentarife enthält, hält die deutsche Volkspartei für einen Rückschritt. Der Erfolg des Kilometerheftes hat gezeigt, daß die Verbilligung der Tarife in volkswirtschaftlicher Beziehung sowohl als auch in fiskalischer Hinsicht ein Fortschritt war. Grundsätzlich protestiert die Partei gegen eine Vermehrung der Wagenklassen und gegen eine Verkehrsverschlechterung, wie sie die Einführung der 4. Wagenklasse darstellt. Die deutsche Volkspartei hält es für notwendig, daß die Festlegung der Maximaltarife auf gesetzlichem Wege durch die Volksvertretung geschieht. Die Partei würde eine Betriebsmittelgemeinschaft, welche eine vorteilhafte Ausnützung des rollenden Eisenbahnmaterials herbeiführen werde, begrüßen. Um den Preis unserer bundesstaatlichen Selbständigkeit in Tariffragen aber und einer Verteuerung der Verkehrsgelegenheiten darf dieser Vorteil nicht erkauft werden. Die Volkspartei erwartet, daß die badische Regierung, der Stimme des Landes folgend, in dieser Hinsicht nicht nachgibt." Endlich nimmt der Parteitag eine Resolution der Delegiertenversammlung an, in welcher mit Bedauern von der Tatsache Kenntnis genommen wird, daß eine dem demokratischen Verein in Karlsruhe gemachte Zusage betreffs Besetzung einer Stadtratsstelle durch den Vorsitzenden des nationalliberalen Vereins nicht erfüllt worden ist und die Erwartung ausgesprochen wird, daß dem demokratischen Verein in geeigneter Form Genugtuung gegeben werde. Nach 2 Uhr wurden die Verhandlungen geschlossen.

(Anmerkung der Redaktion des „Volksfreund": Was sagt denn die „Badische Landesztg." zu diesem Beschluß? Hat sie auch jetzt noch den Mut, gegen den „Volksfreund" den Vorwurf der Verleumdung aufrecht zu erhalten, oder ist sie anständig genug, diesen Vorwurf zurückzunehmen?)

* **Im Bezirk Bühl-Achern** hat das Zentrum den Baurat Hergt in Offenburg als Landtagskandidaten aufgestellt. Hergt vertrat früher den Bezirk Offenburg-Land im Landtag. Den Bezirk Bühl-Achern vertrat bisher Landgerichtsdirektor Lauck. Herr Lauck scheint sich vom politischen Leben zurückgezogen zu haben. Die Nationalliberalen haben in diesem Bezirk den Gemeinderat Lott in Bühl aufgestellt.

* **In Rastatt** kandidiert für die Nationalliberalen wieder Brauereibesitzer Franz.

* **In den Bezirken Schönau-Schopfheim und Lörrach-Land** stellt das Zentrum ebenfalls eigene Kandidaten auf. Falls die Wahlbeteiligung erheblich stärker wird als bei der Reichstagswahl, ist der Bezirk Lörrach-Land den Liberalen keineswegs sicher.

Deutsches Reich.

Was bei der „Neutralität" verdient werden kann, zeigt sich bei der Erörterung über einen Vertrag des russischen Finanzministeriums mit dem Norddeutschen Lloyd über die Rückbeförderung der in Japan internierten russischen Gefangenen. Mit dem Vertrag ist nämlich das russische Ministerium der Handelsmarine nicht zufrieden und verlangt, ein derart gewinnbringendes Geschäft sollte von Russen ausgeführt und der Ueberschuß sollte zum Ausbau der Handelsmarine verwendet werden. Das Finanzministerium sagt dagegen, der Vertrag mit dem Norddeutschen Lloyd sei wünschenswert wegen Rußlands Anleiheverpflichtungen gegen Deutschland. Im Ministerium für die Handelsmarine weist man demgegenüber darauf hin, der Norddeutsche Lloyd habe seit Ausbruch des Krieges bereits über **siebzig Millionen Rubel von Rußland** erhalten.

Siebzig Millionen Rubel . . . „Heißt ein Geschäft", werden die Aktionäre des Lloyd schmunzeln. Und das nicht mit Aktien gesegnete Publikum sieht doch, erstens, wem die Kriege nützen, zweitens, welche schöne Sache die — Neutralität ist.

Für die Hochzeitsreise. Ein Berliner Blatt meldet heute, Wilhelm II. habe dem Kronprinzen das Kaiserschiff „Hohenzollern" für die Hochzeitsreise zur Verfügung gestellt, die von Kiel aus zu See erfolgen soll. So weit berührt die Meldung eine reine Privatangelegenheit. Als Begleitschiff soll jedoch der seit zwei Jahren in Dienst gestellte Kreuzer „Berlin" ein Kriegsschiff dem Hochzeitspaar beigegeben werden. Sofern die Kosten für die Seefahrt des Kreuzers aus Reichsmitteln gedeckt werden, würde die Fahrt als Dienstreise betrachtet und ließe erkennen, wie weit nach den jetzigen gesetzlichen Bestimmungen dieser Begriff ausgedehnt werden kann, ähnlich wie vor vierzehn Tagen bei der Entsendung eines Aviso nach Kap Lipard im Kanal zwischen Frankreich und England, wo es am Ziele für eine Bootswettfahrt zwischen Amerika und Deutschland stationiert worden ist.

Der letzte der Löbtauer Verurteilten, der noch im Zuchthause zu Waldheim schmachtete, Paul Zwahr, ist am Donnerstag morgen bedingungsweise in die Freiheit entlassen worden, nachdem er beinahe sieben Jahre seiner Strafe verbüßt hatte. Er war seinerzeit zu zehn Jahren verurteilt worden und wurde jetzt unter der Bedingung einer Bewährungsfrist vorläufig entlassen.

Zwei schulfreie Tage. Auf Befehl des Kaisers werden am 31. Mai aus Anlaß der Frühjahrsparade und am 3. Juni, am Tage des Einzuges der Herzogin Cecilie sämtliche Schulen in Berlin geschlossen. Es ist im höchsten Grade zweifelhaft, ob der König von Preußen zu dieser Anordnung das gesetzliche Recht hat. Aber die Schulverwaltung wird schon die Verantwortung übernehmen.

Ausland.

Rußland.

Todesurteile der Revolution. Aus Warschau wird gemeldet: Das revolutionäre Komitee der Polnischen sozialistischen Partei hat sieben Personen ihr Todesurteil zugeschickt. Darunter befinden sich der Generalgouverneur Maximowitsch, der Gehilfe des Oberpolizeimeisters Seifert, der Gendarmerieoberst Balk, der Oberst des Kosakenregiments Kaiser Franz Joseph und mehrere Polizeikommissare. Den zum Tode Verurteilten wird brutales Vorgehen gegen die Demonstranten zur Last gelegt. Die sieben zum Tode verurteilten Personen verlassen teils gar nicht, teils nur unter besonderer Bewachung das Haus.

Aus der Partei.

* **Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion** hat gegen drei Stimmen folgende Erklärung beschlossen:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt, daß sie die Stellungnahme des Fraktionsmitgliedes Genossen Peus im Anhalt'schen Landtag in der Frage der Besteuerung des Umsatzes der Konsumvereine verurteilt, weil derselbe unvereinbar mit den Grundsätzen der Partei ist.

Gerichtszeitung.

§ **Karlsruher Strafkammer I.** (Sitzung vom 25. Mai 1905.)

Zur Verhandlung stand heute zunächst die Anklage gegen den 46 Jahre alten Kaufmann Maier Herz aus Bruchsal, wohnhaft in Graben, wegen Erpressungsversuchs. In dieser Anklagesache war schon einmal, am 11. Mai, Termin angesetzt gewesen, doch mußte der Fall wegen Nichterscheinens des Angeklagten damals vertagt werden. Der Gerichtshof erließ deshalb gegen Herz Vorführungsbefehl für die heutige Sitzung. Der Fall konnte aber auch dieses Mal seine Erledigung nicht finden, da der Angeklagte sich durch Selbstmord einer Verurteilung entzog. Als ein Gendarm heute früh in der Wohnung des Herz erschien, um den Vorführungsbefehl auszuführen, hatte der Angeklagte sich erschossen.

In nichtöffentlicher Sitzung fand die Verhandlung gegen Gustav Wöhrenbach aus Brötzingen wegen Sittlichkeitsverbrechens im Sinne des § 176, 3 R.St.G.B. statt. Der Fall endete mit der Verurteilung des Angeschuldigten zu 6 Monaten Gefängnis.

Die Berufung des Fabrikarbeiters Johannes Denner aus Alburg, den das hiesige Schöffengericht wegen Körperverletzung mit 6 Wochen Gefängnis bestraft hatte, verwarf das Gericht als unbegründet. Die Anklage gegen Fritz Goger aus Mannheim wegen Betrugs wurde vertagt.

Die übrigen Fälle waren Berufungen in Privatklagen. Eine derselben kam nicht zur Verhandlung. In den beiden anderen Fällen ergingen folgende Urteile: Privatier Friedrich Knab hier und Kaufmann Max Salomon hier wegen gegenseitiger Beleidigung je 30 Mk. Geldstrafe; Ehefrau Emma v. Lindenau geb. Hollgewager hier wegen Beleidigung 100 Mark Geldstrafe.

§ **Karlsruher Strafkammer I.** (Sitzung vom 26. Mai.)

Die Tagesordnung für die heutige Sitzung verzeichnete zwei Berufungssachen, die Privatklage des Teppichklopfanstaltsbesitzers Ernst Telgmann aus Hannover, hier wohnhaft, gegen den Blechnermeister Franz Kiby aus Karlsruhe wegen Beleidigung und die Privatklage des Wagenfabrikanten Karl Walz aus Karlsruhe gegen Ernst Telgmann wegen Beleidigung. Beide Fälle gelangten nicht zur Verhandlung, da sie durch Vergleich ihre Erledigung fanden.

Badische Chronik.

* **Karlsruhe,** 29. Mai.

* **Der sozialdemokratische Verein** hält am Mittwoch seine Bezirksversammlungen ab. Wir wollen der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Parteigenossen sich recht zahlreich in diesen Versammlungen einfinden. Die Bezirkskassierer nehmen Beiträge entgegen. Genossen, welche dem sozialdemokratischen Verein beitreten wollen, sind freundlichst eingeladen. In allen drei Bezirksversammlungen werden Vorträge gehalten.

* **Zu Schulärzten der Stadt Karlsruhe** wurden neben dem bisherigen Stadt- und Schularzte, Herrn Dr. Steiner, ernannt die Herren praktischen Aerzte Dr. Heidingsfeld, Dr. Paull, Dr. Risse und Dr. Schiller hier.

* **Erweiterung des elektrischen Kabelnetzes.** Bei genügender Beteiligung soll das Kabelnetz des städtischen Elektrizitätswerkes auf den Stadtteil Mühlburg, sowie auf die Straßenzüge nördlich der Kaiser-Allee ausgedehnt werden. Interessenten werden aufgefordert, die Anmeldung ihrer Häuser, sofern dies noch nicht geschehen sein sollte, bis zum 20. Juni d. J. bei dem städtischen elektrotechnischen Amte, Rathaus Zimmer Nr. 73, schriftlich oder mündlich zu bewirken. Dabei wird bewirkt, daß am 1. Juli d. J. eine neue Strombezugs-Ordnung in Kraft tritt, welche neben einer Vereinfachung der Rabattberechnung eine wesentliche Ermäßigung der Stromgrundpreise, der Zählermiete und der Hausanschlußkosten vorsieht.

Zur Einführung der Schwemmkanalisation. Das städtische Tiefbauamt machte beim Stadtrat den Vorschlag, das bei Ausführung der Schwemmkanalisation anzulegende Klärwerk, das nach dem bestehenden Projekt im Knielinger Gemeindewald erstellt werden soll, an die Landstraße bei Welschneureuth zu verlegen, sofern von einer besonderen Klärung der Wässerungswasser des Knielinger Gebiets durch die Stadtverwaltung Umgang genommen werden kann. Im Einverständnis mit der städtischen Baukommission wurde der Vorschlag des Tiefbauamts großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues zur Prüfung vorgelegt.

Mit der Eröffnung der Turn- und Jugendspiele an der Volksschule soll am 1. Juni d. J. begonnen werden. Die erste Spielperiode dauert bis 1. August d. J. Da sich sämtliche Knabenschulen, ausgenommen die Mühlburger Schule, an den Spielen be-

tolligen sollen, werden 6 Spielabteilungen gebildet. Auf jede Spielabteilung kommt zunächst für jede Woche eine Spielstunde. Jede Abteilung steht unter der Leitung eines Hauptlehrers. Die Spielleiter sind durch den städt. Turninspektor in einem Vorbereitungskurs bereits ausgebildet. Die Spielstunden sind auf Mittwoch und Samstag Nachmittag jeweils von 3—6 Uhr festgesetzt. Als obligatorische Spiele sind vorgesehen: Schlaglauf, Stafettenlauf, Barlauf, Schleuderball und Schlagball. Die Anschaffung der erforderlichen Spielgeräte wurde in die Wege geleitet. — Zur Teilnahme an dem vom Zentralausschuß für Volks- und Jugendspiele für die Zeit vom 4. bis 10. Juni ds. Js. in Aussicht genommenen Spielkurs wurde vom Stadtrat der städtische Turninspektor Herr Hauptlehrer Stehlin, abgeordnet.

?? **Oeffentliche Versammlung der Buchbinder und verw. Berufsgen.** Montag den 22. Mai fand im Restaurant zur „Wolfsschlucht" eine gutbesuchte öffentliche Versammlung obiger Branchen statt. Genossin Frau Greifenberg-Augsburg referierte über das Thema: „Was nützt der deutsche Buchbinderverband seinen Berufsangehörigen?" Die Referentin führte in zweistündiger Rede etwa folgendes aus: In der gesamten Arbeiterschaft herrscht gegenwärtig große Unzufriedenheit. Von seiten der bürgerlichen Presse und ihren Hintermännern wird dieser Umstand den Organisationen zugeschrieben, welche nur Hetzarbeit verrichteten. In Wirklichkeit liege der Grund darin, daß die Arbeiterschaft so nach und nach erkennen lerne, wie verbesserungsbedürftig in erster Linie ihre Existenzbedingungen wären. Der königl. preuß. Regierungsrat Kolb, welcher in Amerika unter die Arbeiter gegangen, habe zugestanden, daß er erst nach sechs Wochen langem Suchen Arbeit als Taglöhner erhalten konnte. Er habe die Ueberzeugung gewonnen, daß die dortigen Arbeitskollegen unter den vorherrschenden Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht arbeiten würden, wenn sie irgend welche Existenzmittel besessen hätten. Die Arbeiter hätten nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, nach Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu streben, eventuell sich solche zu erkämpfen. Früher hätte er die Arbeitslosen für arbeitsscheues Gesindel gehalten, die überhaupt nicht arbeiten wollen. Die Erfahrung habe ihn jedoch gelehrt, daß dies doch anders sei. Er wolle in Zukunft die Bestrebungen der Arbeiterschaft nach Verbesserung ihrer Lage nicht mehr bekämpfen, sondern unterstützen. Die Arbeiterschutzgesetze lassen sehr zu wünschen übrig. Die sehr spärlichen Arbeiterschutzbestimmungen können von seiten der Unternehmer in jeder Weise umgangen, ja geradezu ignoriert werden, wenn nicht eine starke Organisation der Arbeiter diesen Uebelstand beseitigt. Von seiten der Regierung ist rein garnichts zu erwarten, dieselbe hat sich den Zechenbaronen gegenüber als ohnmächtig erwiesen. Die Arbeiter können sich auf niemand als auf sich selbst, auf ihre eigene Kraft verlassen. Der weitaus größte Teil der Arbeiterschaft ist nicht in der Lage, die verbrauchte Arbeitskraft durch kräftige Nahrung zu ersetzen. Die Folgen dieser Unterernährung sind Krankheit und frühzeitiges Siechtum. Durch die vorherrschende Teilarbeit werden gelernte Arbeiter durch ungelernte und durch Arbeiterinnen ersetzt. Je mehr dies geschieht, je mehr sinken die Löhne. Die billige und willige weibliche Arbeitskraft kann nicht mehr zurückgedrängt werden. Es ist deshalb notwendig, die Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen, sie zur Mitarbeit an der Verbesserung der Existenzbedingungen heranzuziehen. Bedauerlicherweise werden die Arbeiterinnen von seiten ihrer männlichen Kollegen oftmals als Menschen zweiter Klasse betrachtet. Voraussichtlich wird die Verwendung der weiblichen Arbeitskraft noch weiter um sich greifen. In den meisten Arbeiterfamilien reicht der Verdienst des Mannes bei weitem nicht aus, die Familie zu ernähren und ist die Frau, event. auch die Kinder, gezwungen, mit zu verdienen. Es muß dahin gestrebt werden, für geleistete Arbeit so viel zu erhalten, als zu einem menschenwürdigen Dasein notwendig ist. Geradezu verkehrt ist es, aus Furcht vor dem Arbeitgeber der Organisation fernzubleiben. Der nichtorganisierte Arbeiter ist den Machtgelüsten des Unternehmertums völlig preisgegeben. Die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren zahlenmäßig riesig zugenommen. Allein es ist unter den Angehörigen der Organisation selbst noch sehr viel Aufklärungsarbeit notwendig. Die Heimarbeiterinnen wissen großenteils nicht einmal, was sie für ihre Arbeit bekommen, bevor dieselbe abgeliefert ist und so manche kehrt weinend über den erbärmlichen Lohn in ihr Heim zurück. Die Arbeitgeber verstehen es vorzüglich, ihr Interesse zu wahren. Sie kennen keinerlei konfessionelle Unterschiede, wie es leider in der Arbeiterschaft vorkommt. Die A-B-C- und sonstigen Aussperrungen sprechen eine so deutliche Sprache, daß sie hoffentlich den in christlichen Verbänden organisierten Arbeitern die Augen öffnen werden. Verschiedene Fabrikinspektionsberichte beweisen, daß das angebliche Steigen der Löhne nur ein scheinbares ist, da andererseits die Lebensbedürfnisse enorm teurer geworden sind. Die Arbeiterschaft hat allen Grund, mit der Arbeitskraft sparsam umzugehen, um im Alter auch noch das tägliche Brot verdienen zu können. Eine große Anzahl unserer Kollegen und Kolleginnen sterben schon im schönsten Alter an der Schwindsucht. Dieser Würgengel darf wohl als Berufskrankheit gelten. Verhängnisvoll und degenerierend muß die in der Kartonagen-Industrie vorherrschende Kinderarbeit bezeichnet werden. Diese armen Geschöpfe werden in früher Jugend, nicht selten bis tief in die Nacht hinein, angestrengt beschäftigt. Diese Tatsache klingt geradezu wie Hohn auf die herrliche göttliche Weltordnung. Die Organisation wirkt auf die Arbeiterschaft aufklärend und bildend durch Beschaffung von zweckdienlicher Lektüre, durch belehrende Vorträge usw. Sie wirkt aber auch erzieherisch durch gemeinsames Handeln, wobei die Minorität der Majorität sich fügen muß. Hierauf führte Rednerin den Anwesenden in klarer und verständlicher Weise die Errungenschaften des deutschen Buchbinderverbandes vor Augen. Großartige Erfolge sind in punkto Erringung besserer Arbeitsbedingungen zu verzeichnen. Ueberall, wo unsere Berufsgenossen in größerer Anzahl vorhanden sind, ist der korporative Arbeitsvertrag (Tarif) eingeführt, und von Jahr zu Jahr gelingt es, demselben weiteren Eingang zu verschaffen. An Unterstützungen sind in den letzten Jahren ganz bedeutende Summen verausgabt worden. Trotzdem sollen diese Einrichtungen zum Wohle der Mitglieder noch mehr ausgebaut werden. Mit einem warmen Appell an sämtliche Anwesenden, unermüdlich für die Organisation tätig zu sein, schloß Rednerin ihr sehr inhaltsreiches Referat. Der nicht endenwollende Beifall legte Zeugnis ab, daß die Ausführungen ihre Wirkung nicht verfehlt haben. In der Diskussion wurde ausgeführt, daß die im letzten Halbjahr aufgenommene Statistik für Karlsruhe einen Durchschnittslohn für Gehilfen von **20,40 Mk.** pro Woche, für Arbeiterinnen einen solchen von 9,16 Mk. ergeben hätte. Daß derartige Hungerlöhne verbesserungsbedürftig wären, müßte jedem vernünftigen Menschen einleuchten. Auch ein besonders raffiniertes Verfahren von Lohndrückerei wurde zum besten gegeben. Nach einem kurzen Schlußwort der Referentin wurde die sehr interessante Versammlung geschlossen.

* **„Die Bäuch', die Bäuch', die dicke Bäuch', die Bäuch' sinn unser Schade,** 's wär' besser wahrlich sag' ich euch, mir Bäcker hätte gar kee Bäuch', kee Backe un kee Wade", singt Nadler in seiner „Fröhlich Palz". Der lustige Reim kam uns in's Gedächtnis, als wir dieser Tage lasen, daß die „armen bedauernswerten" Herren Bäckermeister in Emmendingen beisammen waren, um einen Verbandstag abzuhalten und sich selber und andern dabei ihre Not und ihr Elend zu klagen. Was da alles lamentiert wurde: Den Beamten soll verboten werden, sich an den Konsumvereinen zu beteiligen, Lehrlinge sollen nur von solchen Geschäftsinhabern gehalten werden dürfen, die das Recht zur Führung des Meistertitels haben, der zollfreie Gegenverkehr mit Brot und Mehl an der badisch-schweizerischen Grenze ist für die Bäcker ein großer Schaden, die gesetzlichen Vorschriften über den Maximalarbeitstag und Minimalruhetag sollen geändert werden, weil sie undurchführbar seien für das Bäckergewerbe. Das alles wurde in allem Ernste vorlamentiert in Gegenwart eines Regierungsvertreters, der doch eigentlich wissen mußte, daß nach den Berichten der Gewerbe-Inspektoren der Maximalarbeitstag und die Minimalruhezeit im Bäckergewerbe sich sehr wohl als durchführbar erwiesen hat. Daß die Herrn Bäckermeister noch immer sich nach den früheren Zuständen zurücksehnen, in denen sie die Ausbeutung uneingeschränkt betreiben konnten, ist verständlich; sie möchten eben ihre Geldkassen noch reichlicher füllen. Daran hat aber außer den Herren Bäckermeistern selber wahrhaftig niemand ein Interesse und wenn diese, wie sie in Emmendingen beisammen waren, über ihre Not klagen, so kann das nur Heiterkeit erregen. Hoffentlich haben die Herren sich beim Festessen gründlich gestärkt, nicht daß der eine oder andere umfiel — vor Elend. Wenn die „notleidenden" Bäckermeister zusammenkommen, werden Regierungsvertreter entsandt, wenn aber Arbeiter, die wirklich mit Recht über ihre Notlage klagen, zusammenkommen, hat kein Regierungsvertreter Zeit, die Klagen und Beschwerden der Arbeiter zu hören. Das ist bezeichnend für den Kurs, in dem wir segeln.

S. **Von der Aussperrung der Schneidergehilfen.** Die Wut der hiesigen Herren Schneidermeister scheint durch das von den Gehilfen verbreitete Flugblatt nun bis zur Siedehitze gestiegen zu sein; denn was die Gehilfenschaft auch kaum zu ahnen wagte, ist nun zur Tatsache geworden. Nunmehr versuchen die Scharfmacher im Schneidergewerbe auch an den Firmen, die den Generalblödsinn, die Generalaussperrung, nicht mitmachen, ihr Mütchen zu kühlen. In welcher Art sie das tun, beweisen zwei Artikel, welche am letzten Samstag in der „Bad. Landeszeitung" und der „Bad. Presse" erschienen. Wenn darin u. a. geschrieben wird, daß sich der größte Teil der Firmen, die nicht ausgesperrt haben, mit dem Vertriebe fabrikmäßig hergestellter Kleidungsstücke befassen, so ist das wieder ein neuer Beweis, daß die Wahrheit bei den Herren Arbeigebern, welche zweifellos diesen giftigen Pfeil abgeschossen haben, ein billiger Artikel ist. Gerade diese Herren hätten alle Veranlassung, gegen die nicht aussperrenden Firmen etwas anständiger zu sein; denn gerade letztere haben nachweisbar den mit den Arbeitern vereinbarten Tarif noch nicht ein einziges Mal durchbrochen, während das die Scharfmacher zum größten Teil schon öfters versucht und getan haben. Die Arbeiterschaft kennt ihre Pappenheimer und wird nichts unversäumt lassen, alles ans Tageslicht zu bringen.

* **Im Befinden des Herrn Oberbürgermeisters Schnetzler** ist die Besserung so weit vorgeschritten, daß der Patient gestern zum ersten Male das Bett verlassen konnte.

* **Verein Volksbildung.** Am 5. Juni, abends 8 Uhr, wird im Großh. Hoftheater für die Mitglieder des Vereins Volksbildung **„Wilhelm Tell"** zur Aufführung gelangen.

Brand. Am 26. ds. Mts., nachm. zwischen 12—1 Uhr entstand im Trockenraum der chemischen Waschanstalt Färbere Printz, Ettlingerstraße, dadurch ein Brand, daß sich ein in einer aufgehängten Herrenhose zurückgebliebenes Streichholz durch die Hitze entzündete. Es verbrannten, bezw. verkohlten 19 Paar Herrenhosen im Werte von etwa 200 Mk., ein Gebäudeschaden ist nicht entstanden.

* * *

Pforzheim, 29. Mai.

* **Ab 1. Juni l. J. können Arbeiterwochenkarten** auf den badischen Bahnen auch nach 9 Uhr vormittags und vor 4 Uhr nachmittags, also den ganzen Tag über, ohne besondere Genehmigung benützt werden. Bei den Zügen, bei denen die Giltigkeit der Arbeiterwochenkarten bisher ausgeschlossen war, ist dieselbe auch in Hinkunft ausgeschlossen. Diese Züge sind im Sommerdienst 1905: Zug 1209 Wilferdingen—Pforzheim (Ankunft 8 Uhr 33 Min. vorm.); Zug 1212 Mühlacker—Pforzheim (Ankunft 7 Uhr 46 Min. vorm); Zug 1225 Pforzheim—Mühlacker (Abfahrt 4 Uhr 30 Min. nachm); Zug 1228 Pforzheim—Wilferdingen (Abfahrt 4 Uhr 23 Min. nachm.); Zug 1229 Karlsruhe—Pforzheim (Ankunft 7 Uhr 20 Min. nachm.); Zug 1232 Pforzheim—Wilferdingen (Abfahrt 6 Uhr 3 Min. nachm.); Zug 2304 Pforzheim an 5 Uhr 38 Min. vorm., ab den Stationen Enzberg und Eutingen; Zug 2306 Pforzheim an 6 Uhr 23 Min. vorm., ab Station Mühlacker Ort; Zug 2308 Pforzheim an 6 Uhr 34 Min. vorm., ab Station Mühlacker-Uebergang und Enzberg; Zug 2305 Pforzheim an 6 Uhr 36 Min. vorm., ab Station Erfingen und Ispringen. Im Württembergischen Verkehr sind keinerlei Aenderungen eingetreten.

Die Wählerliste für die Stadtverordnetenwahl ist aufgelegt worden. Wir weisen darauf hin, daß sie jedenfalls, wie anderwärts auch, mangelhaft sein wird, weshalb es dringend notwendig für jeden Wahlberechtigten ist, nachzusehen, ob sein Name in der Liste steht.

Unglücksfall. In Calmbach wurde der Fuhrmann Gottlieb Proß von einem Pferde derart an den Kopf geschlagen, daß er alsbald seinen Geist aufgab.

* * *

-x. **Kuelingen,** 29. Mai. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich hier am letzten Samstag kurz nach 4 Uhr. Einige Kinder im Alter von 3—6 Jahren spielten unter Aufsicht eines einige Jahre älteren Mädchens in einer ausgegrabenen Baustelle, als sie plötzlich durch herabstürzende Erde verschüttet wurden. Durch die Hilferufe eines verschont gebliebenen Knaben eilten die Nachbarn herbei und gruben die Kinder aus. Das 4jährige Söhnchen des Landwirts Adolf König blieb sofort tot, während es gelang, dessen 5jähriges Schwesterchen, das eine schwere Gehirnerschütterung erlitt, ins Leben zurückzurufen. Das 3jährige Söhnchen des Schriftsetzers Max König erlitt einen Oberschenkelbruch und das Kindsmädchen klagt über Schmerzen im Rücken. Aerztliche Hilfe war sofort zur Stelle.

G. **Weingarten** (Amt Durlach), 28. Mai. Ein hiesiges Arbeiterehepaar erfreut sich eines überreichen Kindersegens. Es wurde schon zweimal mit Zwillingen beschenkt und vergangene Woche kamen gar Drillinge an, die bis auf den heutigen Tag munter und fidel sind.

△ **Bruchsal,** 28. Mai. Der Samstag war offenbar ein Unglückstag. Ein Mädchen, das in der Behausung des Zigarrenhändlers Moser in der Kaiserstraße mit Fensterreinigen beschäftigt war, stürzte vom 2. Stock herunter auf die Straße und trug schwere Verletzungen davon. — Gegen Abend verbrachte man einen Italiener ins Krankenhaus, der beim Tunnelbau verunglückte.

* **Gernsbach,** 28. Mai. Den Verbrennungstod erlitt das 19 Jahre alte Dienstmädchen Wittemann. Dasselbe wollte in den bereits brennenden Spirituskocher Spiritus nachschütten. Die Kanne explodierte und die Unglückliche stand alsbald in hellen Flammen. Hilfe war zu spät.

? **Offenburg,** 27. Mai. Das hiesige Regimentskommando hat den Befehl erteilt, daß sämtliche Mannschaften, welche Mitglieder der Turnvereine waren, aus denselben auszutreten haben. Den Grund zu diesem Vorgehen soll eine Schlägerei gegeben haben, welche vor einiger Zeit zwischen Unteroffizieren und zwei oder drei Mitgliedern des Turnvereins „Jahn" hier stattgefunden hat. Die hiesigen Turnvereine sind über diese Maßregel nicht erfreut, zumal sie seit Jahren den einzelnen Kompagnien auf deren Ersuchen bereitwilligst ihre Geräte zur Verfügung stellten und auch einzelnen Mannschaften ihre Turnabende zu Uebungszwecken zur freien Benützung überließen. In Hinsicht auf die Ziele und Bestrebungen der Turnerei hätte man ein solch scharfes Vorgehen des Regimentskommandos nicht erwartet. Wir hoffen, daß das frühere Verhältnis wieder zustande kommt, zudem wir bestimmt wissen, daß viele Unteroffiziere und Mannschaften den Wunsch hegen, einem Turnvereine beizutreten.

Offenburg, 26. Mai. Die Gelder und die Pläne zur Errichtung eines städtischen Elektrizitätswerkes mit Wasserkraft und zwei Sauggasmotoren sind genehmigt. Der Planfertiger und Leiter des Baues, der kaiserliche Oberlehrer Ingenieur Zander in Straßburg hofft, bis Weihnachten d. J. den Betrieb eröffnen zu können. Als Abnehmer von elektrischer Kraft und Licht haben sich zahlreiche Geschäfte von Offenburg und mehrere Wirtschaften und auch der Schloßbesitzer in Ortenberg angemeldet.

* **Zell,** 28. Mai. Der Mörder der 13jährigen Cäcilie Baumann von Oberentersbach wurde in der Person des 17 Jahre alten Dienstknechtes Wilhelm Breig von Oberharmersbach verhaftet. An seinem Messer und Taschentuch befanden sich Blutflecken. Er wurde alsbald mit seinem Opfer konfrontiert. Der jugendliche Verbrecher hat die Tat bereits eingestanden.

* **Wolfach,** 28. Mai. Das 18 Jahre alte Dienstmädchen Göhringer wollte, da es ihr übel wurde, Magentropfen nehmen. Versehentlich nahm das Mädchen ein Fläschchen mit Karbolsäure und trank daraus. Nach kurzer Zeit erlöste der Tod die Unglückliche von ihren Schmerzen.

Freiburg, 26. Mai. Am nächsten Donnerstag findet eine Volksversammlung statt mit der Tagesordnung „Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen". Wir bitten die Vorstände der Gewerkschaften, auf diesen Tag keine Veranstaltungen zu treffen. Auch bitten wir dringend, am Montag den 5. Juni den Abend freizulassen.

* **Aus Mittelbaden,** 28. Mai. In Moos ist der 58 Jahre alte Witwer Engelbert Friedmann beim Führen von Pappelstämmen tötlich verunglückt. — Wie der „A. u. B. B." meldet, ist der 25 Jahre alte Matrose Zimmermann aus Greffern bei Lauterburg in den Rhein gestürzt und ertrunken.

* **Meßkirch,** 28. Mai. Das 4jährige Söhnchen des Bürstenfabrikanten Schmid geriet unter einen schwerbeladenen Wagen. Es erlitt so schwere Verletzungen, daß der Tod nach kurzer Zeit eintrat.

* **Waldshut,** 28. Mai. Gestern Nachmittag halb 3 Uhr brach in Görwihl ein Großfeuer aus, das in kurzer Zeit 10 Häuser bis auf den Grund einäscherte. Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

* **Heidelberg,** 26. Mai. Der Bürgerausschuß genehmigte in der heutigen Sitzung einstimmig den Ankauf der elektrischen Straßenbahn Heidelberg-Wiesloch um den Preis von 1 900 000 Mk.

* **Heidelberg,** 28. Mai. Der verheir. Taglöhner Falkner von Eppelheim geriet unter einen mit Sand beladenen Wagen und erlitt tötliche Verletzungen.

* **Mannheim,** 28. Mai. Die Voruntersuchung gegen den Mörder der Susanna Senges ist geschlossen. Becker kommt vor dem nächsten Schwurgericht zur Aburteilung. Er ist geständig.

* **Mannheim,** 28. Mai. Bei der Haltestelle Rheinauhafen wurde Sebastian Becker aus Neckarau, als er mit seinem Rade die Gleise überfahren wollte, von einer Maschine erfaßt. Es wurden ihm beide Beine und ein Arm abgefahren.

* **Mannheim,** 29. Mai. Ein schwerer Exzeß wurde gestern Vormittag in der Nähe der Feudenheimer Fähre verübt. Polizeisergeant Sylvester Weingärtner hatte einige Burschen, die auf einer Maitour böswilligerweise Bäume beschädigt hatten, bis zur Feudenheimer Fähre verfolgt. Hier wollte er die Personalien aufnehmen. Dabei wurde er von einem der Burschen überfallen und mit dem Messer lebensgefährlich verletzt. Die Schlagader des rechten Arms wurde ihm durchstochen und ihm außerdem der linke Unterarm aufgeschlitzt. Die Burschen wurden im Laufe des Tages verhaftet. — Die Stadtverwaltung hat dem Generalintendant Possart-München aus Anerkennung für seine Mitwirkung an der hiesigen Schillerfeier eine Nachbildung der hiesigen Schillerstatue in Bronce zum Geschenk gemacht.

* **Weinheim,** 28. Mai. In Hemsbach erhängte sich der Fabrikarbeiter Stephan Leib wahrscheinlich im Zustande geistiger Umnachtung.

Der Krieg zwischen Russland und Japan.

Von den Kämpfen in der Mandschurei.

Petersburg, 27. Mai. General Linewitsch meldet unter dem 26. Mai: Am 24. Mai gingen die Japaner auf unserer linken Flanke von Erdagou aus westlich in der Richtung auf Bankhegou zum Angriff vor. Unsere freiwilligen Jäger legten einer feindlichen Kompagnie einen Hinterhalt und machten durch ihr Feuer auf kurze Entfernung mehr als dreißig Mann kampfunfähig. Die Japaner rückten nicht über Bankhegou hinaus vor.

w. **Petersburg,** 28. Mai. (Petersb.-Telegr.-Agentur.) General Linewitsch telegraphiert unter dem 28. Mai: In den Stellungen der Armeen ist keine Veränderung eingetreten. Am 25. Mai ging abgesessene japanische Kavallerie zum Angriff gegen Symiaochen und Sinlunchuan vor. Symiaochen wurde durch berittene Artillerie beschossen, weshalb sich unsere Posten von dort zurückzogen. In Sinlunchuan wurde der Feind durch unsere Vorsten mit Feuer empfangen und gezwungen, sich südlich zurückzuziehen. Die Abteilung des Generals Mischtschenko eroberte bei ihrem jüngsten Angriff eine Kriegskasse mit 2760 Yen Inhalt.

w. **Tokio,** 27. Mai. Amtlich wird unter dem 25. Mai gemeldet: Japanische Kavallerie trieb eine Abteilung der russischen Kavallerie nach Norden und Nordosten und besetzte Heumincheng, 18 Meilen nördlich von Changtu. Im übrigen ist, kleine Zusammenstöße ausgenommen, die Lage unverändert.

Vom Krieg zur See.

w. **Schanghai,** 28. Mai. (Reuter.) Auf der Höhe von Tsuschima wurden gestern fünf russische Panzerschiffe, drei Kreuzer und sieben Torpedoboote gesichtet. Die russischen Transportdampfer gaben der von China an sie gerichteten Aufforderung, Wusung zu verlassen, keine Folge.

w. **Saigon,** 27. Mai. (Havas.) Berichten von leer zurückkehrenden Kohlenschiffen zufolge ist die Flotte Roshestwenskis am 24. Mai auf der Höhe von Schanghai gesehen worden und ist nach Korea weiter gefahren.

w. **Tokio,** 28. Mai. (Reuter.) Roshestwensky hat am 21. Mai auf der Höhe von Formosa einen großen amerikanischen Damper, dessen Namen unbekannt ist, in den Grund gebohrt. Die Mannschaft ist gerettet worden.

w. **Tokio,** 28. Mai. (Reuter.) Man glaubt hier, daß die baltische Flotte, nachdem sie von der Saddleinsel Kohlen eingenommen, entschlossen auf Tsuschima zugesteuert ist, in der Absicht, eine Schlacht zu liefern. Es verlautet, die Flotte habe sich Korea in zwei Divisionen genähert. Man glaubt, daß ein Teil der baltischen Flotte beauftragt wurde, den Versuch zu machen, Wladiwostok zu erreichen, nimmt aber an, daß Admiral Togo strenge Weisung erhalten habe, die Hauptkampfschiffe der gegnerischen Flotte kampfunfähig zu machen.

Eine Seeschlacht?

Washington, 28. Mai. **Der Konsul der Vereinigten Staaten in Nagasaki meldet telegraphisch an das Auswärtige Amt, die Japaner brachten in der Straße on Korea ein russisches Panzerschiff, vier andere russische Kriegsschiffe und ein Werkzeugschiff zum Sinken.**

w. **Rom,** 28. Mai. **Die „Tribuna" meldet aus Tientsin von heute früh 5,30 Uhr, die Japaner hatten in der Tsuschimastraße einen beträchtlichen Sieg über die Russen davongetragen. 4 russische Schiffe seien gesunken, mehrere seien mehr oder weniger schwer beschädigt; das Geschwader Roschdjestwenskys könne als vernichtet gelten.**

w. **London,** 28. Mai. **Dem „Reuterschen Bureau" wird aus Tsingtau von heute gemeldet: Depeschen aus chinesischer Quelle besagen, daß bei Oshima in der Koreastraße eine große Seeschlacht im Gange sei.**

w. **Tokio,** 28. Mai. (Reuter.) Hier wird über die Operationen der Flotte vollkommenes Stillschweigen beobachtet. Es ist nicht wahrscheinlich, daß das Stillschweigen vor morgen Nachmittag gebrochen wird. Kabel und Telegraphen sind für Preßtelegramme gesperrt.

w. **London,** 29. Mai. Daily-Telegraph meldet: Nach einem hier in der letzten Nacht an sehr hoher Stelle eingegangenen Telegramm über die Seeschlacht scheint Togo einen großen Sieg errungen zu haben.

w. **Washington,** 29. Mai. Nach hier erhaltenen Informationen glaubt man, daß die in der Koreastraße gesunkenen russischen Schiffe die Linienschiffe „Orel", „Borodino", 3 Kreuzer und ein Werkstattschiff sind. Die russische Botschaft und die japanische Gesandtschaft sind noch ohne amtliche Nachricht über die Lage zur See.

Aus **Tokio** meldet dasselbe Blatt: drei russische Torpedoboote wurden gestern Morgen bei Ushikama gesehen. Gestern lag teilweise Nebel auf dem japanischen Meere, wenn er sich aber hob, war herrlicher Sonnenschein, starker Wind und rauhe See. Die russischen Schiffe wurden zuerst um 6 morgens gesehen, als sie sich der Insel Tsuschima näherten. Man glaubt, daß das Geschwader aus 6 Linienschiffen 1. Klasse bestand; als sich der Nebel verzog, zogen sich die Russen zurück. Mehr als 21 Schiffe der Russen sollen in der Nähe gewesen sein.

w. **Petersburg,** 29. Mai. (Telegr.-Agentur.) Aus Shanghai wird vom 28. gemeldet: Von allen Seiten laufen hier Telegramme ein mit der Meldung von einer Seeschlacht bei Tsuschima. Es werden keine Einzelheiten gemeldet, doch ist der Ton der Telegramme aus Tschifu für die Russen günstig. Es heißt, das Wladiwostokgeschwader habe am Kampfe teilgenommen. Eine hiesige englische Firma empfing ein Telegramm aus Tokio mit der Meldung von einem Siege der Japaner, indessen glaubt niemand daran. Die Stadt befindet sich in äußerster Erregung. Alle Kriegsschiffe im Hafen haben gefechtsklar gemacht. Der Telegraph nach Wusung ist seit gestern durchschnitten. Viele Handelsschiffe gehen in Erwartung der Ereignisse nicht in See.

Letzte Post.

Dortmund, 29. Mai. Wenn die Dortmunder organisierten Bauarbeiter nicht bis heute die verhängte Bausperre aufheben, wird laut Beschlusses des Arbeitgeberverbandes 30 000 Bauarbeitern in Rheinland-Westfalen gekündigt. (Frkf. Z.)

Dresden, 28. Mai. Am Samstag Abend wurde sämtlichen Zigarettenarbeiterinnen, etwa 4000 in 25 Fabriken, wegen der Weigerung, aus dem Tabakarbeiterverband zu treten, gekündigt. (Frkf. Ztg.)

Hamburg, 29. Mai. Die Zimmerer Hamburgs und Umgebung beschlossen, bei Ablehnung der Lohnforderung heute in den Streik einzutreten.

Paris, 29. Mai. Ein Telegramm des Generalgouverneurs von Westafrika, Roume, an den Kolonialminister meldet den Tod des Kommissars für Westmauretanien, Coppolani. Er wurde am 12. Mai in Tijekja von einer Truppe abtrünniger Mauren, die in die Station eindrangen, ermordet. Die Angreifer wurden nach kurzem Kampf zurückgeschlagen. Sie ließen vier Tote zurück. Auf französischer Seite gab es zwei Tote und elf Verwundete. Die Mission befindet sich in Tijekja in Sicherheit. Die jüngst errichtete Station ist dem Befehl des Kapitäns Frerjejean unterstellt, der als ältester Offizier seit Ende 1903 in Westmauretanien eine Abteilung befehligte. Coppolani war vom Generalgouverneur von Westafrika beauftragt worden, unter den Stämmen Westmauretaniens das Gebiet auf dem rechten Ufer des Senegal zu reorganisieren, das früher das „Protektorat des Mauren" genannt wurde. Er war dabei bis nach Taganet (etwa 500 Kilometer von der Küste entfernt) und Adrar (ungefähr 600 Meilen von der Küste entfernt) unter kriegerischen und räuberischen Stämmen dieser Gegenden vorgedrungen.

Paris, 28. Mai. Das Haus nahm nach **Verwerfung aller Amendements den gesamten Artikel 6 der Separationsvorlage mit 320 gegen 254** Stimmen an und zwar unter Festhaltung der Kompetenz des Staatsrats für alle aus der Ueberweisung der Kirchengüter an Kirchenvereine entstehenden Streitigkeiten. Die bereits erfolgte Zuweisung der Kirchengüter kann angefochten werden, wenn mehrere Kirchenvereine bestehen, wenn in einem bereits anerkannten Verein Spaltungen entstehen, wenn das Gebiet eines Kirchensprengels geändert wird und wenn ein Verein seinen Zweck nicht mehr erfüllt. Die Kammer vertagte alsdann die Diskussion über Artikel 7 bis Montag.

Stockholm, 28. Mai. Gestern abend und heute Nacht fanden in der Wasastadt Unruhen statt. Die Volksmenge überfiel und mißhandelte einen Hausbesitzer, welcher einen Wagen der Straßenreinigungs-Gesellschaft fuhr. Die Polizei, die den Ueberfallenen befreite, wurde von der Menge mit Steinen beworfen, wobei sechs Polizisten verwundet wurden. Schließlich zog die Polizei blank und räumte die Straße. Später versammelte sich abermals eine Volksmenge, zertrümmerte Straßenlaternen und beging anderen Unfug. Reitende Polizei zersprengte die Unruhestifter, sodaß zwei herbeigerufene Schwadronen berittener Gardetruppen nicht mehr einzugreifen brauchten. Später mußte die Polizei mehrmals von der Waffe Gebrauch machen. Um $2^1/_2$ Uhr nachts war alles wieder ruhig. 30 Personen wurden verhaftet.

Christiania, 28. Mai. Die Zeitung „Aftenposten" schreibt: Nach der Entscheidung, die der König getroffen hat, werden sich die Begebenheiten wahrscheinlich schnell entwickeln. Die norwegische Staatsratsabteilung wird vermutlich noch einige Tage in Stockholm bleiben und sich dann nach Christiania begeben, um mit der Regierung Beratung zu pflegen, unter anderem über den Zeitpunkt, bis zu der die Entscheidung über das Abschiedsgesuch des Ministeriums zu treffen wäre. Dieser Zeitpunkt wird selbstverständlich unter Wahrnehmung aller schuldigen Rücksichten nach verschiedenen Seiten hin festgesetzt werden. Soweit man urteilen kann, ist Aussicht vorhanden, daß die Krise einen regelmäßigen Verlauf nehmen wird.

Verantwortlich im redaktionellen Teil für den Leitartikel, die Rubriken: Politische Uebersicht, Aus Baden, Deutschland, Ausland, Parteinachrichten, Feuilleton und Telegramme: Wilh. Kolb; für den übrigen Teil: Albert Willi; für die Inserate: Karl Ziegler. Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund, Geck u. Co. Sämtliche in Karlsruhe.

Saarabien vor Gericht.

9. Verhandlungstag.
(Nachmittagssitzung.)

Trier, 25. Mai.

Nach einer kurzen Pause erhält das Wort Rechtsanwalt Lanser. Er spricht aus, daß die heutige Direktion noch dasselbe Interesse an dem Prozeß hat wie früher, die Verhältnisse sind nicht so gelagert, wie sie in dem Flugblatt geschildert worden sind. Es sollte bewiesen werden, daß Leute wider ihren Willen in den nationalliberalen Wahlverein eintreten mußten. Es soll bewiesen werden, daß eine Wahlkontrolle stattgefunden hat. Es soll bewiesen werden, daß Listen geführt wurden, um zu wissen, wer Zentrum wählt; wir haben aber gesehen, daß das meist Phantasiegebilde der Leute gewesen sind. Man habe keinen Zeugen dafür auftreiben können, der wirklich nachweisen konnte, daß er wegen der Wahl gemaßregelt worden sei. Bei solchen heftigen Angriffen gegen die Direktion verstehe ich es wohl, wenn die Bergwerksdirektion sich beleidigt fühlte und Strafantrag stellt.

Rechtsanwalt Trier: Wenn die Sozialdemokraten weiter nichts wollen, als die bestehende Gesetzgebung bessern, so wäre das nicht schlimm; aber sie wollen die ganzen staatlichen Grundlagen stürzen. Eine Maßregelung sei nirgends bestätigt worden. Der Steiger habe dasselbe staatsbürgerliche Recht wie jeder andere auch. Wenn sie nun ihre Arbeiter zu bestimmen suchen, für die nationalliberale Partei zu stimmen, so machen sie von ihrem Recht Gebrauch. **Die Bergbeamten wollten nichts weiter als die Freiheit, für ihre politischen Ansichten agitieren zu dürfen.** Sie wollen dasselbe Recht wie die Bergarbeiter auch und keine Staatsbürger zweiter Klasse sein. **Im weiteren Vortrag, als der Herr Rechtsanwalt den Fall David anschnitt und dem Zeugen unlautere Motive unterschiebt, wird derselbe vom Vorsitzenden unterbrochen, der die falsche Darstellung richtig stellt.** Der Redner bezeichnet einen Arbeitgeber, der einen organisierten Arbeiter, ganz gleich, welcher Partei er angehört, nicht aus seinem Betriebe entfernt, als einen ganz pflichtvergessenen Arbeitgeber. Das Koalitionsrecht darf nur dann ausgeübt werden, wenn sich dessen Bestrebungen mit denen des Unternehmers deckt. Er spricht dem Angeklagten vollständig den guten Glauben ab. Er beantragt am Schlusse eine Freiheitsstrafe anstelle der Geldstrafe.

Hierauf repliziert der Staatsanwalt nochmals kurz, worauf Herr Rechtsanwalt Heine dem Herrn Rechtsanwalt Trier gegenüber in scharfen Worten antwortet. Nicht ich habe eine politische Rede gehalten, sondern der Herr Kollege hat sich des längeren und breiten mit der Sozialdemokratie befaßt, während ich nur dort davon gesprochen habe, wo es unbedingt nötig ist. Aber das ist immer so, wenn man sich ein Plaidoyer macht, ehe man die Gegenseite gehört hat. Der Herr Trier hat geglaubt, von mir eine sozialdemokratische Propaganda-Rede zu hören, hat sich darauf eingerichtet und schießt nun am Ziel vorbei. (Große Heiterkeit. Glocke des Vorsitzenden.) Genau so ist der Herr Kollege mit seinen Angaben aus dem Flugblatt verfahren. Wo steht denn da ein Wort davon, daß die Beamten schuld seien an den hohen Unfallziffern. Wo steht denn ein Wort davon, daß die Beamten unverdienterweise große Gehälter einstecken und sich nicht um die Arbeiter kümmern. Da steht auch nicht ein einziges Wort drinnen; da der Herr Kollege an dem vorhandenen Krämerschen Flugblatt nichts aussetzen kann, konstruiert er sich ein eigenes und paukt dann darauf los, das ist nicht die richtige Art der Verteidigung. Ich habe geglaubt, genug bewiesen zu haben und nun muß ich hören, daß wir eigentlich noch gar nichts bewiesen hätten. Meine Herren! Es ist mir seit dem letzten Prozeß so viel Material zugegangen. Ich habe noch eine Kiste voll im Hotel stehen. Ich habe aber noch nicht einmal all das Beweismaterial benützt, das wir voriges Jahr erhalten haben, weil ich der Ueberzeugung bin, daß sich das Gericht aus dem vorgebrachten Beweismaterial ein Urteil bilden kann.

Herr Hilger klagte nun in bewegten Worten sein Leid, daß der Staatsanwalt nur Geldstrafe beantragte, eine solche schwere Sünde könne nur mit einer Freiheitsstrafe repariert werden. Er habe eine solche Behandlung nicht verdient. Bei seinem Abschied haben ihm 10 000 Bergleute eine großartige Ovation gebracht, das sei ein Beweis, wie sehr sie ihn geliebt haben!! (?)

Das Urteil

wurde am Samstag Mittag 12 Uhr gesprochen. Der Schwurgerichtssaal und die Tribüne sind stark überfüllt. Von seiten des Nebenklägers ist Rechtsanwalt Lanser anwesend.

Der Vorsitzende beginnt die ungefähr 20 Minuten dauernde Urteilsverkündung und Begründung wie folgt:

Der Angeklagte ist wegen Vergehen gegen § 185 in einheitlichem Zusammentreffen mit § 186 in einem Falle für schuldig befunden worden und in eine **Geldstrafe von 200 Mark** event. 14 Tage Gefängnis verurteilt worden. Bezüglich des zweiten Flugblattes muß **Freisprechung** erfolgen, da in demselben eine Beleidigung nicht gefunden werden kann. Dem Nebenkläger ist sowohl für seine Person als auch für die sich beleidigt fühlenden Beamten die Befugnis zugesprochen worden, den Urteilstenor innerhalb vier Wochen nach Rechtskraft einmal in sämtlichen in St. Johann-Saarbrücken erscheinenden Tageszeitungen, in der „Saar- und Blieszeitung", der „Kölnischen Zeitung" der „Kölnischen Volkszeitung", der Bergarbeiterzeitung und dem „Bergmannsfreund", auf Kosten des Angeklagten öffentlich bekannt zu machen. Das erste Flugblatt ist zu vernichten. Für das zweite Flugblatt wird die Beschlagnahme aufgehoben. Die Beleidigung sei gefunden in den ironischen Bemerkungen „Berggewaltigen", „Hochthronender Bergrat", welche sich als formelle Beleidigung charakterisierten. Was die tatsächlichen zur Verhandlung gestandenen Fälle anlange, so sei wohl von einer Seite bekundet worden, daß die Lebensverhältnisse der Bergarbeiter schlecht seien und dies auf niedrige Löhne zurückgeführt. Es sei aber festgestellt worden, daß in normalen Verhältnissen der Lohn ausreiche und auch noch Ersparnisse gemacht worden seien. Indessen sei auch dem Angeklagten zu glauben und sei ihm der „Gute Glauben" nicht abzusprechen. Bezüglich der **systematischen Unterdrückung der politischen Rechte der Arbeiter habe die umfangreiche Beweisaufnahme ergeben, daß tatsächlich in vielen Fällen die politischen Rechte sehr eingeschränkt waren, daß Beschränkungen bestanden in der Wahl der politischen Lektüre, auch sei erwiesen, daß den Beamten und selbst höheren Beamten ungehörige Zumutungen gestellt worden seien.** Das von dem Angeklagten benützte statistische Material sei als **richtig anzuerkennen**, doch er habe falsche Schlüsse aus demselben gezogen. Dem Angeklagten sei der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches unter allen Umständen zuzubilligen, er habe, wie aus dem Inhalt der Flugblätter hervorgeht, die Absicht gehabt, seine Kameraden dem Bergarbeiterverband als Mitglieder zuzuführen, hierzu war er berechtigt, auch waren die Flugblätter geeignet, diesen Zweck zu erfüllen. Die Absicht der Beleidigung sei in dem ersten Flugblatt nur in den höhnischen Worten zu finden, wie „asiatische Zustände", „Hochthronender Bergrat", „Arbeiter—freundlichkeit". Mit Rücksicht darauf, daß die Beleidigung durch die Presse geschehen und so einem großen Kreis von Personen zugänglich gemacht worden sei, sei dieselbe als eine schwere anzusehen und sei eine Strafe von 200 Mk., im Unvermögensfalle 14 Tage Haft auszusprechen und die Kosten des Verfahrens dem Angeklagten auferlegt.

So hat denn die große Aktion mit einem völligen Fiasko des Herrn Hilger geendet. Mit lumpigen 200 Mk. wurde die stark gefährdete Ehre geflickt.

So wären denn zum zweitenmal die idyllischen Zustände in Saarabien an uns vorübergezogen und wahrlich, schöner ist das Bild nicht geworden. Das soziale Königtum hat hier noch weit schlechter abgeschnitten, als in Saarbrücken. Eine Geldstrafe für einen solchen Aufwand. Dieser Prozeß kostet unter Brüder **150 000 Mark**, die mit oder ohne Verurteilung der Staat berappen muß. Man muß Herrn Hilger und seine Beistände gesehen haben, als aus dem Mund des Staatsanwalts die Worte: „Geldstrafe" flossen. Rot wie ein Krebs, mit niedergeschlagenen Augen saßen sie da, das Unerwartete wurde Tatsache. Der Triumphwagen Hilgers, der fein lackiert in Trier einzog, wird als gebrechliches Vehikel in die Saarbrücker Remise gebracht werden, um dort vom Rost zerfressen zu werden. Von der groß angelegten Aktion bleibt nichts mehr übrig, als eine armselige Geldstrafe, die Herr Hilger nicht als ausreichendes Pflaster anerkennen kann. Sic transit gloria mundi!

Vereinsanzeiger.

Offenburg. (Gewerkschaftskartell.) Montag den 29. Mai findet im „Schützen", Nebenzimmer, Kartellsitzung statt. Vollzähliges Erscheinen erwünscht 1956

Der Vorstand.

Sunlight Seife

Unbegrenzt ist die Verwendung der Sunlight Seife, da sie keine scharfen Bestandteile und keine freie oder überschüssige Soda enthält, welche Farben und Dessins des Linoleums zerstören; sie löst nur den Schmutz und läßt die Farben wie neu erscheinen. Die zu ihrer Fabrikation verwendeten Fette und Oele werden durch die vollkommenste Methode bis zum denkbar höchsten Grade verseift. Darauf beruhen auch ihre enorme Reinigungskraft und ihre Unschädlichkeit. Weil sie außerordentlich weit reicht, d. h. ausgiebig ist, ist Sunlight Seife die billigste Seife für den Haushalt.

Vorteilhafter Einkauf

veranlaßt uns
besonders preiswert anzubieten:

Cacao garant. rein Pfd. Mk. 1.00
Hafer-Cacao ½ Pfd.-Paket 45 ₰
Kasseler Hafer-Cacao, per Carton 90 ₰
Kaffee gebr., reinschmeckend Pfd. 80 ₰

Kaffee
aus eigener Rösterei mit elektrischem Betrieb.

In diesem Artikel sind wir durch gemeinsamen Groß-Einkauf bei strengster Auswahl der Sorten besonders leistungsfähig und empfehlen wir unsere Spezial-Marken

Sirocco-Kaffee
½ Pfd.-Paket 50 ₰ und 60 ₰

Tafel-Würfel-Zucker
feinst raffiniert Pfd. 26 ₰

Tafel-Würfel in netto 5-Pfd-Pak. Feinkorn 1.35
„ „ Crystall 1.40

Hochachtend
Pfannkuch & Co.
G. m. b. H
in den bekannten Verkaufsstellen:

Werderstraße 34 a, Werderplatz, Telefon 460.
Karlstraße 28, Telefon 947.
Kaiserstraße 82, am Markt, Telefon 1694.
Nelkenstraße 28, am Gutenbergplatz.

Ab Anfang Juni neu eröffnet:
Oststadt: Georg-Friedrichst. 22.

Unentgeltliche Rechtsauskunftsstelle
für Frauen. Dienstag Abend 7—½9 Uhr, **Kriegstr. 44.**

Pforzheim.

Achtung! **Maurer** Achtung!

Mittwoch den 31. Mai, nachmittags 4½ Uhr,

Oeffentl. Versammlung

im **„Tivoli".**

Tagesordnung:

Das Antwortschreiben des Unternehmers und Stellungnahme zu demselben.

Referent: Reichstagsabgeordneter **Th. Bömelburg,**
Zentralvorsitzender des Maurerverbandes.

Keiner darf in dieser Versammlung fehlen.

1948.2 **Der Einberufer.**

Genossen!

Bei Bedarf von **Vereins- und Festabzeichen, Erinnerungsbänder, Rosetten, Schleifen, Vereinsfahnen** usw. bitten wir, unsere **Webereiproduktenwerkstätte,** in der Gemaßregelte beschäftigt werden, zu berücksichtigen.

Gewerkschaftskartell Lörrach,
L. Goll, Thurmstr. 9.

Handschuhe
reinigt, färbt und repariert in unübertroffener Weise die **Färberei und chem. Waschanstalt Ed. Printz,** Karlsruhe.

Neuen 1905er Matjes-Hering
Ia. Ia. Qualität
versenden das Postfaß 1745.26
28—32 Stück Inhalt M. 4.—
32—40 „ „ M. 3.—
ranko gegen Postnachnahme.
Max Krotzen & Co., Hamburg 26.

2 Zimmerwohnung
im Hinterhaus, mit Kochgaseinrichtung, auf sofort oder später zu vermieten. Näheres Rüppurrerstr. 18, parterre. 1737

Mühlburg.
1, 2 und 3 Zimmerwohnungen sind billig zu vermieten: Rheinstraße 6, Hinterhaus I, bei **Haid.** 1737

3 u. 4 Zimmerwohnungen
Mühlburg, Geibelstraße 1 a, per sofort oder später zu vermieten. Näh. daselbst, 2. Stock. 1736

Möbl. Zimmer
(monatl. 9 Mk.) zu vermieten.
Durlacher-Allee 26, V.

Sozialdemokratischer Verein Karlsruhe

Mittwoch den 31. Mai, abends ½9 Uhr,
finden in folgenden Lokalen

Bezirksversammlungen

statt:

Für die **Alt- und Oststadt** bei **Möhrlein,** Kaiserstr. 13, Vortrag des Genossen Reichstagsabg. **E. Eichhorn.**

Für die **Südstadt** im **„Auerhahn",** Schützenstraße, Vortrag von Genosse **Siegmund.**

Für die **Weststadt u. Mühlburg** im **„Württemberger Hof",** Vortrag von Genosse **Schaier.**

Zu recht zahlreichem Besuch dieser Versammlungen ladet ein

1952 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratische Partei Freiburg.

Mittwoch den 31. Mai, abends halb 9 Uhr im **„Löwenkeller",** Stühlinger

Volks-Versammlung.

Tagesordnung: „Die Bedeutung der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen".

Referenten: **W. Kolb,** Redakteur in **Karlsruhe** und **Wilh. Engler** in **Freiburg.**

Zu dieser Versammlung ist jedermann, insbesondere aber sind die Wähler der dritten Klasse freundlichst eingeladen. 1957

Das Wahlkomitee der sozialdemokratischen Partei

Gasthaus zum Grünen Hof Durlach.

Mittwoch den 31. Mai, abends 8½ Uhr

Vortrag von Gottfried Schwarz.

Thema: „Der Toleranzantrag des Zentrums, ein römischer Angriff auf deutsche Gewissens- und Denkfreiheit".

Freie Diskussion! Eintritt 10 Pfg.
Reservierter Platz 20 Pfg. 1955.3

Jedermann — Herren und Frauen — freundlichst eingeladen.

Fahndung.

Nr. 37664. Tab. D I Nr. 1906. Am Dienstag den 23. ds. Mts. wurde dahier der unten beschriebene Hund im Werte von 500 Mk. gestohlen.

Ich ersuche um Mitteilung von Anhaltspunkten zur Ermittlung des Hundes und Diebes.

Beschreibung:

Jagdhund, sog. deutscher Kurzhaar, Rüde, schwerer Schlag, einfarbig, dunkelbraun, am rechten Vorderfuß über der Pfote eine Narbe und geht auf den Namen „Wotan", trägt ein sog. Horridahalsband von braunem Leder mit Ring und Karabinerhaken und Metallschild, auf welchem der Name Bender steht.

Das Halsband kann in drei Teile zerlegt werden.

Karlsruhe den 26. Mai 1905. 1954

Der Großh. I. Staatsanwalt:
Duffner.

Offenburger Lose à 1 Mark 11 Lose 10 Mk. Porto u. Liste 25 Pfg
Ziehung sicher am 8. Juni 1905.
Günstigste 1 M. Lotterie! nur 30,000 Lose!
Gesamtgewinne i. W. von **M. 15,000**
Die Hälfte der Einnahme wird zu Gewinne verwandt!
Sämtliche Gewinne werden mit 80 % baar ausbezahlt!
Lose empfiehlt: **J. Stürmer,** General-Debit, **Strassburg i. E.,** Langestr. 107.
In Karlsruhe: **Carl Götz,** Hebelstr 11/15; J. Heppes; E. Dahlemann; Chr. Wieder; L Michel; T. Haselwander. 1879 10

Grosse Bad. Invaliden-Geld-Lotterie
Ziehung sicher 8. Juli 1905
2928 Geldgewinne ohne Abzug Mark **44,000**
1. Hauptgewinn Mk. 20,000 = 20,000
2. Hauptgewinn Mk. 5000 = Mk. 5000
2926 Gew. zus. Mk. 19,000 = 19,000
Lose à 1 M., 11 Lose 10 M. Porto u. Liste 20 Pf. extra, empfiehlt
J. Stürmer, Generaldeb., Strassburg i. E., Langestr. 107.
In Karlsruhe: **Carl Götz,** Hebelstr. 11/15, C. Wieder, L. Michel, E. Dahlemann, Chr. Frank, J. Heppes, Fr. Haselwander, Ed. Fü.e.